

Die „Vollmacht“
erschien wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 6/8,
und durch Kolporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei und Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte. M. 2.84.

Vollmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessenten
sind für die Einzahlung
Geldscheine oder Banco
25 Pfennige
für Arbeitsmarkt, Berlin und
Berliner Arbeitervereine
15 Pfennige.
Kontingente Interzesse 25 Pf.
Interzesse für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 6 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 86.

Breslau, Dienstag, den 11. April 1911

22. Jahrgang.

Das arme Kohlenkapital.

Auch im preussischen Herrenhause haben jetzt die schlesischen Kohlenmagnaten den Versuch unternommen, den Fiskus zur Herausgabe von Subventionen zu bewegen. Wenn Großgrundbesitzer und Syndikatskapitalisten Staatsgeschenke verlangen, dann wollen sie natürlich diese Zuwendungen nie für ihre Tasche, sie nehmen sie nur im Interesse der großen nationalen Sache. So tun es diesmal auch die Kohlenmagnaten wieder, die von der Eisenbahnverwaltung die Gewährung besonders billiger Ausnahmetarife beanspruchen, um auf dem Berliner Markt die Konkurrenz der englischen Kohle zu können. Die Einfuhr englischer Kohlen nach Deutschland betrug

im Jahre	Tonnen
1906	7601 163
1907	11 052 383
1908	10 057 125
1909	10 498 118

Von der englischen Gesamtzufuhr entfielen auf die Einfuhr nach Berlin 1906: 481 031 Tonnen, 1907: 726 290 Tonnen, 1908: 810 432 Tonnen, 1909 ca. 946 432 Tonnen. Demgegenüber ist der ober-schlesische Verkauf nach Berlin von 1 116 291 Tonnen im Jahre 1906 auf ca. 956 153 Tonnen im Jahre 1909 zurückgegangen. Um den Berliner Markt für die ober-schlesische Kohle zurückzugewinnen, verlangen die örtlichen und gräflichen Zechenherren und mit ihnen die alten und reichen schlesischen Aktiengesellschaften Herabsetzungen der Eisenbahntarife, damit sie auf Kosten der Staatskasse gegen das englische Angebot mit Preisermäßigungen vorgehen können. Nun ist es zweifellos wünschenswert, daß in Deutschland möglichst deutsche Kohle verbraucht wird, man könnte es nur mit Genehmigung begrüßen, daß sich die ober-schlesische Kohle in den alten Absatzgebieten wieder Eingang verschafft. Aber es ist eine skandalöse Zumutung, daß zu diesem Zweck die Steuerzahler den ober-schlesischen Kohlenmagnaten tributpflichtig gemacht werden sollen, nachdem sie bisher schon dem ober-schlesischen Kohlenkapital Wucherpreise für Kohle zahlen müssen. Handelte es sich darum, ein bestimmtes Gewerbe oder eine bestimmte Gewerbekonkurrenzfähig zu machen oder aus einer Notlage zu befreien, so wird sich gegen die Einführung von Ausnahmetarifen nicht nur nichts einwenden lassen, man wird sie sogar sehr lebhaft fordern. Doch die ober-schlesischen Zechen gehören zu den rentabelsten Deutschlands, sie könnten durch eine Anpassung an die allgemeine Marktlage sehr erfolgreich gegen die englische Kohle konkurrieren, denn die Engländer arbeiten durchaus nicht mit Schleuderpreisen, sie erzielen bei dem Ausfuhrgeschäft nach Deutschland Gewinne, die in England als sehr ansehnlich betrachtet werden, dem deutschen Kohlenkapital hingegen als minimal erscheinen. Das Anstreben der ober-schlesischen Zechenherren an den Fiskus läuft darauf hinaus, daß sie auf dem Berliner Markt gegenüber der englischen Konkurrenz ihre hochgekauften Monopolpreise zu recht erhalten wollen, jedoch aus allgemeinen Staatsmitteln durch entsprechende Nachschüsse der ober-schlesische Preis den niedrigeren englischen Preis gleichgestellt wird.

Wie man sich in Kreisen des ober-schlesischen Zechenkapitals das Verhältnis zur Staatskasse vorstellt, ergibt sich aus einem Artikel der „Rattowitzer Zeitung“, der als Zusage „von sehr geschätzter industrieller Seite“ kürzlich veröffentlicht wurde. Nach einer Schwarzmalerei der Lage im ober-schlesischen Revier heißt es darin zum Schluß:

„Auf der anderen Seite ist die Staatsregierung stets bei der Hand, wenn es gilt, der ober-schlesischen Industrie neue Lasten aufzuerlegen. So hat man die ober-schlesischen Montanwerke unter lauem Druck bewegt, zu dem Bau der Technischen Hochschule in Breslau ein Zehntel der Bauunterkosten — 500.000 Mark — als freiwillige Spende beizutragen. Mit großen Schwierigkeiten haben die Ober-schlesier diese Summe zusammengebracht und nur dadurch ist es möglich geworden, daß die Technische Hochschule zum vorgesehnen Termin bei Beginn des laufenden Wintersemesters eröffnet werden konnte. Gegenüber dieser Opferwilligkeit haben die maßgebenden Kreise der Regierung es nicht einmal für nötig gehalten, bei der Eröffnung für die ober-schlesischen Donatoren auch nur ein Wort der Anerkennung oder auch nur des Dankes zu verlieren. Die Vertreter der Industrie sind mit Stillschweigen übergegangen worden.“

Daß eine derartig schlechte Behandlung, die anscheinend zum Preiszuwachs führt, bei den Betroffenen Verbitterung erzeugt, ist nicht zu verwundern. Die schwache Beteiligung der ober-schlesischen Montanindustrie an den Einnahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist als eine Folge dieser behördlichen Behandlungsweise anzusehen.“

Die Rechnung des schlesischen Montankapitals ist sehr einfach: Zu patriotischen und ähnlichen Zwecken bewilligt man ein paar tausend Mark, um vom Fiskus als Gegenleistung in verschiedensten Formen Hunderttausende zurückzubekommen. Gibt der Fiskus nicht schnell und ausreichend genug, dann droht man mit der Einstellung der vielgerühmten „Opferwilligkeit“. Wiederholt ist die neueste Forderung der ober-schlesischen Zechenherren von der Eisenbahnverwaltung abgelehnt worden, ihre Erhöhung der Eisenbahntarife abgelehnt worden, schon weil die Erhöhung der Tarifhöhe größer wäre, als der Nutzen für Ober-schlesien. Wenn selbst die preussische Verwaltung sich genötigt sieht, Forderungen der ober-schlesischen Kohlenmagnaten zurück-

zuweisen, so sind damit diese Forderungen zur Genüge gekennzeichnet, denn an Willfährigkeit gegenüber den Profitinteressen des Kohlenkapitals steht Preußen bisher unerreicht da.

Doppelspiel im Reichstag.

Wer die Artikel und Notizen über die Reichsversicherungsordnung, mit denen die bürgerliche Presse aus verschiedenen arbeiterfeindlichen Quellen versorgt wird, aufmerksam verfolgt, der wird bald bemerken, daß in der Agitation für den Entwurf zwei verschiedene Fäden kreuz und quer durcheinanderlaufen.

An dem einen Tag werden auf Vorschlag Stegobulletins versendet, in denen verkündet wird, wie die „sozialdemokratische Herrschaft in den Krankenkassen“ mit einem Schlag zerschmettert werden soll. Fünftausend Kassenbeamte, die sich durch ihre politische Haltung mißliebiger bemerkbar gemacht, würden mit einem Male auf die Straße geworfen werden.

An dem anderen Tag aber wird verkündet, die Sozialdemokratie werde verurteilt, das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung mit allen Mitteln zu hintertreiben, obwohl die Bestimmungen über das Anstellungsverhältnis der Krankenkassenbeamten durchaus einwandfrei seien und keinem Menschen etwas unliebbar täten. Niemand soll wegen seiner Gesinnung verfolgt, keinem solle die freie Staatsbürgerliche Betätigung beschränkt werden, nur den Mißbrauch von Kasseneinrichtungen zu parteipolitischen Zwecken wolle man treffen. Indem sich die Sozialdemokratie der Gesetzgebung des Entwurfs widersetze, zeige sie, daß sie an dem Fortbestand dieses Mißbrauchs interessiert sei und aus Parteiinteresse vernachlässige sie die Interessen der Arbeiterwitwen und -Waisen, deren „Versorgung“ durch das neue Gesetz vorgesehen werde.

Von diesen beiden Behauptungen kann doch nur die eine oder die andere richtig sein. Entweder es ist wahr, daß man 5000 Familienväter brotlos machen will, um sie neuer ihrer Gehirne zu bestrafen, oder es ist wahr, daß das Gesetz keinem etwas tut, der nicht etwa Kasseneinrichtungen zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Ist das erste richtig, dann müßten die Sozialdemokraten die schärfsten Strafen der Welt sein, wenn sie einen solchen Schwabenstreich wie die Maßregelung von 5000 pflichttreuen Beamten wegen ihrer politischen Gesinnung nicht mit der größten Energie und mit dem Aufwand aller brauchbaren Mittel entgegenzutreten würde. Ist aber das zweite richtig und geht die Ansicht der bürgerlichen Mehrheit wirklich nur dahin, den Mißbrauch auszuheilen, dann ist der ganze Lärm der von der anderen Seite gemacht wird, vollkommen überflüssig, und dann wird man sich über die endgültige Gestaltung der entsprechenden Paragraphen in zweiter und dritter Lesung in aller Ruhe auseinandersetzen.

Der Sozialdemokratie liegt nichts daran, die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung zu verhindern oder den parteipolitischen Mißbrauch von Kasseneinrichtungen aufrechtzuerhalten. Er hat der Entwurf in der zweiten und dritten Lesung des Reichstages eine erträgliche Gestalt, zu welchem Zweck er allerdings in manchen Einzelheiten gründlich geändert werden müsse, dann wird die sozialdemokratische Fraktion mit Veranlassen für ihn stimmen. Wenn die Parteien des Schnapsblocks, voll Angst wegen ihrer Mißstände, noch in letzter Stunde den Versuch machen, die Wählermassen durch ein bißchen Sozialpolitik milder zu stimmen, so ist die Sozialdemokratie gern bereit, ihnen dabei zu helfen, vorausgesetzt, daß dieser Versuch nicht darauf hinausläuft, die Wähler abermals zu beschwindeln. Es muß also von den reichigen Sündern verlangt werden, daß sie gründlich Buße tun und jetzt wenigstens noch etwas Ordentliches schaffen!

Wenn aber nebenbei wirklich beschlossen werden sollte, das Ausschlagen von Palaten parteipolitischen Inhalts in den Kassenlokalen oder die Anschaffung roibehänderter Kränze für verstorbene Vorstandsmitglieder zu verbieten, so mag die liebe Seele ihre Ruhe dabei finden. Wegen solcher Sympathien wird kein Sozialdemokrat einen Gesetzesentwurf ablehnen und bekämpfen, der etwas Gutes und Brauchbares enthält. Niemand wirklich so kindisch, anzunehmen, die Sozialdemokratie könne ohne solche „Mißbräuche“ nicht gedeihen, dann mag ihm die Beruhigung gegeben werden, daß solche „Mißbräuche“ in Zukunft gesetzlich streng ausgeschlossen werden. Es handelt sich nur darum, die „Mißbräuchs“-Paragraphen so zu formulieren, daß mit ihnen nicht von reaktionärer Seite parteipolitische Mißbräuche getrieben werden kann.

Dieser parteipolitische Mißbrauch, Brotlosmachung von 5000 Beamten wegen vorchriftswidriger Gesinnung, ist nun von der reaktionären Presse triumphierend angepöbelnd worden, und daher wird es kein Mensch der Sozialdemokratie verübeln können, wenn sie die einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherung nicht unbedenken schließt. Echte sie das, so würde sie sich einer großen Verletzung ihrer Pflichten schuldig machen, denn es ist Pflicht der Sozialdemokratie, für alle Personen einzutreten, die wegen ihrer Gesinnung staatliche Verfolgung erleiden. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, die demokratischen Selbstverwaltungsrechte der Arbeiterschaft, die durch den Entwurf teilweise vernichtet werden, bis aufs Äußerste zu verteidigen. Und kein ehrlich-

und anständig Denkender wird von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie diesen Kampf unterläßt, weil in derselben Vorlage den Arbeiterwitwen und -Waisen ein paar längst durch Versprechungen überfällige kärgliche Bettelgroßchen zugeworfen werden.

Politische Uebersicht.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlbündnis für Schlesien.

Die freisinnig-nationalliberale Einigung für Schlesien ist in Berlin gemacht worden, anscheinend weil die Landesorganisationen allein zu keinem Resultat kommen konnten. Jetzt hat man die Wahlarbeit für die kommenden Reichstagswahlen wie folgt eingeteilt: Es werden überlassen der Fortschrittlichen Volkspartei: Rothenburg-Hoyerswerda, Görlitz-Kauban, Jauer-Landeshut-Wolkstein, Liegnitz-Goldberg-Hoytau, Löwenberg, Bunzlau-Rüben, Glogau, Sagan-Sprottau, Grünberg-Freystadt, Schweidnitz-Striebau, Breslau-Land, Breslau-West, Namslau-Brieg, Dels-Wartenberg, Glog; der Nationalliberalen Partei: Rattowitz-Zabrze, Kreuzburg-Rosenberg, Reichenbach-Neurode, Waldenburg, Breslau-Ost, Ohlau-Nimptsch-Strehlen, Müllisch-Trebnitz, Guhrau-Steinau-Wohlau.

Ungeeinigt bleiben also die beiden liberalen Parteien in Hirschberg-Schönau, wo die Fortschrittler selbstständig vorgehen, weil die Nationalliberalen dort ihr gewöhnliches Rechtswort mit den Konservativen haben, zurückgezogen werden die nationalliberalen Kandidaten in Bunzlau-Rüben (Kräpelin) und Hoyerswerda. In elf Wahlkreisen, die aber nicht angeführt sind, scheinen die Liberalen auf jede Arbeit verzichten zu wollen.

Die Reichen verarmen.

Das Herrenhaus, das seine Statberatung am Sonnabend endlich beendete, blieb seiner Doppelaufgabe treu, zugleich für Erweiterung und Agitationsstoff zu sorgen. Die vom Bankdirektor v. Swinnew angeregte Finanzdebatte nahm ihren Fortgang. Ein anderer Bankgewaltiger aus der weitverzweigten Familie der Delbrück: Herr Lenze gegen Herrn v. Swinnew zu Hilfe, worauf dieser Zugug vom Grafen Mirbach erhielt. Der Graf von Sorquitten erweiterte die finanztechnische Debatte zu einer allgemeinen steuerpolitischen Auseinandersetzung und empfahl sich dem Mittel der gesamten Mittel- und Nachwelt als armer Zeitgenosse, der unter der furchtbaren Last der direkten Steuern zusammenbricht. Einen nicht minder warmen Appell an die allgemeine Barmherzigkeit richtete der Fürst zu Salm, der bereits stark mit dem Vettelstab kokettiert und das tiefstimmige Wort prägte: wenn es so weiter geht mit der Besteuerung, dann verarmen wir Reichen. Der fürstliche Stohseufzer fand natürlich lebhaften Widerhall im Hause der am Hungertuch nagenden Großgrundbesitzer, jedenfalls viel lebhafteren Widerhall, als die höchst altfränkische Aufforderung des von den Steuerreformern trotz einiger Verdienste um den hohen Schutzloß längst zum alten Eisen geworfenen Adolf Wagner, die Noblesse durch Steuerzuschüsse zu bereichern.

So ausgiebig unterhielten sich die edel- und erlauchten Herren über die Unsitte der direkten Besteuerung, daß ihnen nachher die Puste für den Kampf gegen den Umsturz ausging. Zwar ein Puttkamer, der gleich dem Kameruner auf den schönen Bornamen Festsitz hört, schnitt dies Thema an und drohte dem Freisinn mit höchstem konterbattten Zorn nebst Stichwahlunterstützungsentziehung. Aber nur der linksliberale Oberbürgermeister Berte von Königsberg antwortete auf die junkerliche Straf- und Drohpöbel, und zwar recht kläglich mit der Bitte, doch ja nicht dem hottentottenbloderen Vertreter von Königsberg, Gylking, die babischen Sünden entgelten lassen zu wollen. Dafür versprach das Oberhaupt der Stadt der reinen Vernunft dem Schnapsblock freisinnige Stichwahlhilfe!

Nachdem das Hohe Haus noch seine monarchische Gesinnung durch tiefstimmige Betrachtungen über die französische Thronfolgeberechtigung bewiesen hatte, beschloß es, sich durch ausgiebigen Aufenthalt an der Ribiera und anderswo von den Strapazen dieser langandauernden Statberatung zu erholen und erst wieder im Mai einem hohen Adel und verehrten Publikum das Vergnügen einer neuen Vorstellung zu bereiten.

Die Wirkungen der neuen Brauntwein- und Brausteuergesetzgebung.

auf die Geschäftslage der beteiligten Industrien wird im zweiten Band des von den Vertretern der Kaufmannschaft von Berlin herausgegebenen „Berliner Jahrbuchs für Handel und Industrie“ folgendermaßen gekennzeichnet:

Der Verbrauch von Spiritus zu Trinkzwecken hat gegen den regelmäßigen Durchschnitt der letzten Jahre einen Rückgang von etwa 25 Millionen Liter erfahren. Im Zusammenhang hiermit steht eine entsprechende Verminderung des Kontingents und ein Rückgang der Produktion und als besondere Wirkung des letzteren wieder die Verminderung

der Schlemperzeugung und die dadurch bedingte schlechtere Ernährung des Volkes. Ferner sind die gewerblichen Brennerien dadurch schwer geschädigt worden, daß sie einen unverhältnismäßig großen Teil ihrer Produktion zu verfallen haben. Auf der anderen Seite ist die Stellung der Spiritus-Zentrale durch das Gesetz derart gestärkt, daß sie, wenn nicht eine wesentliche Verschlebung der innerpolitischen Machtverhältnisse eintritt, voraussichtlich in der Lage sein wird, die von ihr vertretenen Brennerien durch Erzielung höherer Preise schadlos zu halten oder ihnen womöglich noch Vorteile zu gewähren gegenüber den Verhältnissen vor dem neuen Gesetz. Für die Spiritus-Industrie zeigen sich die Folgen des Brauntweinsteuergesetzes mit einer Steigerung in besonders unheilvoller Weise. Von einer Abwälzung der Steuer auf das Publikum konnte keine Rede sein, da die Konventionsbestrebungen zur Erzielung höherer, dem Steuerbetrage entsprechender Verkaufspreise für Brauntwein und Sekt vollständig gescheitert sind. Die Verkaufspreise standen vielmehr in keinem angemessenen Verhältnis zum Einstands- resp. Fabrikationspreise. Der Vorkauf des Brauntweins durch die Organisationen der Arbeiterchaft führte überdies einen merklichen Rückgang des Konsums herbei, der sich speziell beim Abzuge in Berlin fühlbar machte. Bei der künstlichen Verteuerung des Brauntweins war bei der Abnehmerchaft das Bestreben vorherrschend, statt höherer Preise zu zahlen, sich mit geringerer Ware zu begnügen. Die so bedingte Verschlechterung der Qualität der Produkte ist aber zu bedauern, denn eine geringwertige Ware läßt wenig Nutzen und geht bald im Konsum zurück.

Für die Bierbrauereien war die „Steuerabwälzung“ diesmal geradezu eine Lebensfrage. Obwohl sich ihrerseits erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellten, ist es in Berlin schließlich doch gelungen, sie durchzusetzen. Dessen Erfolg konnten die hiesigen Brauereien deshalb erringen, weil sie den Standpunkt vertraten, daß die Bierpreissteigerung im allgemeinen nicht über das Maß der durch das neue Gesetz selbst bedingten Produktions-Verteuerung hinausgehen sollte. Die erwartete Wertminderung des Bier-Konsums infolge der Preis-Erhöhung fand zum Teil einen Ausgleich durch die in letzter Zeit wieder zunehmende Kaufkraft der für den Biergenuss hauptsächlich in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten, durch den milden Winter und endlich auch durch den Umstand, daß Berlin im Jahre 1910 von umfassenden Lohnbewegungen im allgemeinen verschont geblieben ist.

Auch aus diesem Bericht ist für die Arbeiter die Lehre zu ziehen: Trinkt noch weniger Schnaps!

Auf der Suche nach einer Wahlparole gegen die Sozialdemokratie.

Die Hoffnungen des schwarz-blauen Blocks und der Regierung, eine jugendliche Wahlparole gegen die Sozialdemokratie zu finden, blieben bisher unerfüllt; seit mit Koabit auch nicht der geringste Staat mehr zu machen ist, sucht man schier vergeblich, ob sich denn gar kein Schwindel entdecken lasse, der einigen Erfolg gegen die gefürchteten roten Feinde verspricht. Viktor Schweinburg geht deshalb daran, die vermutete „sozialdemokratische Obstruktion“ gegen die Versicherungsordnung jetzt schon zu dem nötigen großen Schwindel zurecht zu zimmern, der dann im Wahlkampf die Hilfe bringen soll. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ Schweinburgs schreiben in Nummer 88 vom 7. April:

„Der Sozialdemokratie ist schon immer der Vorwurf gemacht, sie stelle die Arbeiterinteressen hinter ihre eigenen politischen Interessen zurück. Die Sozialdemokratie hat es jetzt gelungen, hier aber tritt ganz klar und deutlich zutage, daß die Sozialdemokratie lieber die größten Vorteile den Arbeitern vorzuzieht, wenn nur ihre eigene politische Macht nicht geschmälert wird. Ein besseres Mittel, im bevorstehenden Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, und die Arbeiterbevölkerung über die wahre Natur der Sozialdemokratie aufzuklären, gibt es nicht. Immer von neuem muß im Wahlkampfe darauf aufmerksam gemacht werden. Wenn nur die Herren Führer der Sozialdemokratie politische Macht und feste Stützen haben, den Arbeitern können dann auch die größten Vorteile vorzuziehen bleiben. Das ist die Grundtendenz der Sozialdemokratie, und ein schlagender Beweis dafür ist ihr Verhalten gegenüber der Reichsversicherungsordnung. Die Sozialdemokratie mag sich drehen und wenden, wie sie will, hier hat sie ihr wahres Wesen zu erkennen gegeben, und dieses den Arbeitern recht deutlich zu schildern, wird man nicht müde werden

bürken. Umso mehr Anlaß aber haben die staatsbehaltenden Parteien und vor allem die Mehrheit des Reichstages, nun mit aller Energie darauf zu dringen, daß die Reichsversicherungsordnung bald unter Dach und Fach kommt. Von allen erlaubten Mitteln dabei Gebrauch zu machen, sollte man sich durch weinerliche Lamentationen nicht abhalten lassen. Sicherheit des Reiches nach außen, gesunde Finanzen und sozialpolitischer Fortschritt sind drei Wahrzeichen, unter denen sich der nächste Wahlkampf für die staatsbehaltenden Parteien gegenüber der Sozialdemokratie gut wird ausfechten lassen.“

Herr Schweinburg wird sich auch mit dieser Wahlparole verdeden; die Arbeiterchaft wird der Sozialdemokratie Dank wissen, wenn sie alles aufbietet, die Vernichtung jeder Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen zu vereiteln. Die Fraktion aber wird ihre Aufgabe darin erblicken, aus der Versicherungsordnung ein annehmbares Gesetz zu machen.

Enquete über das Zoll- und handelspolitische System. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft verlangen vom Reichstanzler die Einsetzung einer Enquete-Kommission über die Wirkungen des bestehenden Zoll- und handelspolitischen Systems. Dieser Kommission sollten hauptsächlich Vertreter der erwerbenden Kreise angehören, und zu ihren Beratungen sollen Sachverständige zugezogen werden. Die Leitung der Kommission könne in den Händen von Regierungsaemtern liegen. Grund wird das Verlangen der Berliner Kaufmannschaft nachdrücklich zurückgewiesen. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ erklären eine solche Kommission für völlig überflüssig, da der wirtschaftliche Ausschuss für die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen ganz im Sinne der angeführten Kommission arbeite, nur daß dieser wirtschaftliche Ausschuss andere Grundanschauungen über die heutige Zoll- und Handelspolitik habe, wie die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft. Es sei nicht daran zu denken, daß eine Freihändlerkommission eingesetzt werde, zur Vornahme beratender Untersuchungen.

Lehrer und Sozialdemokraten. Das Ermittlungsverfahren gegen fünf Dresdener Lehrer, das die Behörde wegen angeblicher Aufrufen der Lehrer auf sozialdemokratischen Versammlungen eingeleitet hatte, hat am 28. März seinen Abschluß gefunden. Wie die „Sächsische Schulzeitung“ berichtet, erhielten zwei Lehrer eine Ermahnung außerhalb des Disziplinarverfahrens, weil sie sich nicht gegen einen Bericht der „Dresdener Volkszeitung“ verwehrt hätten, in dem gefordert worden war, daß sie der Resolution zustimmen sollten. Die Meinung der Behörde geht im übrigen dahin, daß den Lehrern weder der Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen noch das Eingreifen in die Versätze in solchen Versammlungen verwehrt werde. Es sei aber zu erwarten, daß die Lehrer die dort vorgeschlagenen Resolutionsentwürfe ablehnen und bei falschen Verhältnisse unterliegt auf Verordnungen drängen. Die „Sächsische Schulzeitung“ kommt bei einer Betrachtung dieses Urteils zu dem Ergebnis, daß sich aus der Anwendung der behördlichen Weisungen für die Lehrer Konflikte ergeben müßten.

Die Handwerkerkammer. Die Ende der vergangenen Woche im Reichstag des Innern stattfand, hat keine Beschlüsse gefaßt; ein offizieller Bericht teilt über die Verhandlungen folgendes mit: Hinsichtlich der Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk wurde namentlich die Schaffung einer einheitlichen Jurisdiktion von Vertretern des Handwerks, der Industrie und des Handels angeregt. Es wurde auch die Frage hierbei erörtert, ob im Handwerk Großbetriebe möglich seien und ob das Handwerk berechtigt wäre, zu verlangen, daß solche Großbetriebe dauernd bei den Handwerksorganisationen verbleiben sollten. Bei der Frage der Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung für das Handwerk wurden zwei Vorschläge aus der Konferenz laut, einmal die Einsetzung einer kleineren Kommission im Reichstag des Innern, die unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Interessengruppen eingehende Vorschläge zur endgültigen Regelung dieser Streitfrage machen soll. Von anderer Seite wurde der Regierung empfohlen, eine gütliche Vereinbarung zwischen Handwerk- und Handelskammern anzustreben.

Kommunalwahltag. Am Sonntag war Wahl zum Stadtrat der neuen Stadt Ruffingen, gebildet aus den alten burgischen Gemeinden Ant, Heppens und Neund. Es erhielt die Liste der Partei und Gewerkschaften 4204, die der vereinigten Gegner 1266 Stimmen. Gewählt wurde nach der Verhältniswahl. Auf unserer Liste erzielten 19 Sitze, auf die der Gegner 5. Für die besondere Vertretung des ländlichen Kreises der neuen Stadt wurden für unsere Liste 251, für die der Gegner 131 Stimmen abgegeben. Vier erhielten wir 8, die Gegner 4 Sitze.

Preussische Landtagswahl. Bei einer Landtagswahl im Kreise Königsberg (Neumark) wurde an Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten von Neumann-Panberg der Rittergutsbesitzer Kramer (Konj.) gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Verstümmerter Unmut. Die Freisinnigen in Sondershausen verließen, die Gegenkandidatur gegen den Abgeordneten Wärmel, die sie „im Unmut“ über die nationalliberalen Gegenkandidatur gegen Dr. Wiermer in Nordhausen aufgestellt hatten, zurückzugeben und „im Interesse der gemeinsamen liberalen Ziele“ Wärmel zu unterstützen.

Zwei Staatsverbrecher. Die Zentrums-„Tremonia“ in Dortmund weiß zu melden, gegen zwei der fortschrittlichen Volkspartei angehörige Lehrer, den Rektor Tittel und den Lehrer Brinkmann, sei wegen ihrer politischen Betätigung die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Beide sollen des Verbrechens schuldig sein. Den schwarz-blauen Block als eine größere nationale Gefahr als die Sozialdemokratie bezeichnet zu haben.

Hungersnot in Schantung. Die „Königliche Volkszeitung“ meldet, daß in Süd-Schantung infolge von Hungersnot Unruhen ausgebrochen seien. Teilweise herrscht offener Aufstand. Hunderte von Eingeborenen seien bereits am Hungertode gestorben. Die Missionen sollen zum Teil bedroht sein. Der Bischof Pennings veranlaßt einen Aufruf um telegraphische Anweisung von Hilfsgebern aus Europa.

Der „entschiedene“ Reichstanzler. Zur Elsaß-lothringischen Frage bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Stückblatt vom 8. April:

„War die Reichsleitung einmal zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Fortbildung der Elsaß-lothringischen Verfassung schon lange gescheit hatte, so konnte sie für ihre Reform keinen Weg wählen, der bei der inkonsequenten Haltung der Elsaß-lothringischen Parteien keinerlei Aussicht auf baldige Verwirklichung bot, und der überdies die Garantie vermissen ließ, daß dabei die Beziehungen der Reichslande zum Reich in einer der Reichsinteressen berichtigenden Weise geregelt werden würden. Die Reichsleitung mußte vielmehr die Reform selbst in die Hand nehmen. Der Widerstand, den sie dabei auf Seite der Konservativen findet, erachtet zwar die Arbeit in hohem Grade, wird aber den Reichstanzler nicht davon abhalten, mit aller Entschiedenheit an einem Entwurf festzuhalten, von dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit er sich nie vorüberzeugt ist. Das Schicksal der Reform hängt somit im wesentlichen von der parteipolitischen Weichheit derjenigen Parteien ab, die mit der Regierung auf dem Standpunkte stehen, daß der positive Abschluß des Vertrages dem Interesse des Reiches wie Elsaß-lothringens entspricht, ohne Breußen zu schädigen.“

Es schlußmännlich also immer noch Konflikte im Schoße der Elsaß-lothringischen Frage.

Ausland.

Die französische Kolonialpolitik.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 6. April: Nach einer außerordentlich hochstehenden Debatte über das Kolonialbudget, hat die Kammer dem neuen Kolonialminister Messimy ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Er hatte im Laufe der Diskussion die schweren Mängel in den verschiedenen Kolonien zugegeben und einen neuen Kurs im Verhalten der Regierung gegenüber den Kolonialgesellschaften angekündigt. Die ganzen Debatten, die mehrere Tage dauerten, zeichneten sich durch eine Offenheit der Berichterstattung und der Regierungsmitglieder aus, an die man nicht gewöhnt ist. Den Rednern, die feststellten, daß der Ausbeutung der Eingeborenen heute keine Grenze gesetzt ist, daß die Kapitalisten fast nur Rechte und keine Pflichten haben, daß die Vertreibung der Eingeborenen in den sogenannten Kolonialländern nur eine Parodie sei angesichts der absoluten Macht der Gouverneure, sollte fast die ganze Kammer ohne Unterschied der Parteien beifallen. Wer aus einer anderen Welt etwa in die geistige Kammerführung hineingekommen wäre, hätte ein begehrensvolles Bild gesehen. Ein als konservativer Reaktionsberichtiger Parlamentarier, Herr Prou, fand auf der Tribüne und benutzte in einer meisterhaften Rede den Stempel der „Goths“ Sghanta, jener Kolonialgesellschaft die einige Millionen Dollar Land im französischen Kongos erhalten hat und plötzlich aus den Regierungskassen einige Millionen Franken herauspressen wollte, als ihre Geschäfte die erpöckte Blüte nicht erleben. Herr Prou wies nach, daß mit dem Abschluß der Verträge zwischen der Gesellschaft und der damaligen Regierung eine der ungeheuerlichsten Ungeheuerlichkeiten begangen wurde, durch die nichts weniger als die Souveränität des Parlaments in Frage gestellt wurde. Die Energie, mit der die Ungeheuerlichkeit aller abgeschlossenen Verträge forderte, trug

Fliegender Sommer.

Erzählung aus dem Dänischen von Andersen. Reg.

4) (Kochbuch verboten.)
Es waren sie durch eine unbegreifliche Fährten hinter den Vögelgärten auf den Strand getrieben, wo eine Tafel mit der Aufschrift „Privat“ ihren Schritten Einhalt gebot. Fein mochte eine solche Verbot, sich durchgehenden, gab es aber am liebsten Dinge zu tun, die sie wieder auf den Weg brachten, die mit dem Verbot für sie befehle, waren solche, die der losgelassenen Hand waren; und eine von diesen war es natürlich nicht. Ja, sie hatten sie die paar Stunden abgelesen und wählten dann den kleinen Sand - Reg. Von der Remise oben hatten die Damen der Villa ihr Vergnügen davon, die beiden Bedienten anzusehen auf der Sandboden umherzuwandern zu sehen, und was sie nicht wie es in einem Wägen war. Da aber kam der Herr des Hauses hinzu. Er fand sie gleich herauf, daß hier die Gäste in Gefahr lägen und sagte die beiden Bedienten hinaus, während die Damen ruhig beschweben.
Was, die Erde hatte sie in über alle Erwartung groß erwiehen, und die beiden hatten nichts dazwischen, einen ihrer anderen Teile in Augenblicken zu nehmen. Sie saßen in diesen ihre Stühle an und mochten sich wieder auf den Weg brachten, weit hinaus in die Wägen auf; doch sie mochten sie; gerade nur so weit, um die Erde herein zu setzen und einen Blick auf das Ende der Welt zu werfen.
Aber sollten in diesen Träumen nicht auch plötzlich ein. „Ne! das ist nicht, Felder!“
Ja, einem Blickspalten fand mitten auf dem Sande ein großer Riesen, aus dessen Mund ein riesiger Riesen. Ja, Gundersen sollten und spekulieren die Speichen in seinen Füßen, liegen auf und platzen wieder wieder in die richtige Form, wurden sie und wanderten durch los, das Fräulein und Wägen in großen Riesen zu Erde setzen. Es war die rechte Antwort; man konnte deutlich sehen, daß sie sich in den Augen nicht selbst verhalten mochten.
„Es wollten es ja ebenfalls hundert“, sagte Peter und schaute sie in der Entfernung den Mund. Er hatte selbst dies Jahr Riesen gesehen. Von den höchsten, die der Mensch jemals gesehen auf dem Sande hatten - einen großen Riesen für ein paar Kronen - und auf der Straße wieder herauf, hatte er sie für eine Fährten eine Riese und wählten wieder, aber nur das Wort, die auch auf der Straße nicht mehr erschienen waren - und das hatte geschaut, so! Man mochte mit der Sonne schauen, was es möglich war, und das, das nicht mit herbei gehen, konnte die Erde nicht nur einen so großen Riesen betrachten - er berührte die

„Es sind rechte Schweine“, sagte er gekränkt, „sie freffen nicht, sie verschlingen nur; die ganze Krone haben sie schon geschluckt! Ob jemand da wohnt, da?“
„Das heißt du doch, daß niemand da ist, du Tropf! Die Räden sind ja vorgerollt.“
Sie fanden eine kleine Dönnung in der Erde und trocken hinein. Jetzt sammelten sie die Riesen, die die Vögel herabgeworfen hatten, hieß das Riesen auf; sie waren gewohnt, nichts verlieren zu lassen. Dann aber kehrten sie auf den Sand und setzen sich zurück. Ihr behagliches Geplauder kam nach ins Steden; ja, sie hatten sich schon dem Sande hin; die eine Hand sammelte ein, während die andere in den Sand stieß - ganze Hände voll auf einmal. Die Riese anzuheben, wählten sie sich nicht Zeit - das konnte für später bleiben.
„Nun nicht plötzlich ein und hole tief Atem; er wer noch in dem Alter, wo die Dinge in Worte gebracht werden müssen, was richtig zu erklären.“
„Da, das hat Riesen!“ sprach er mit einem verzerrten Ausdruck der kleinen Augen aus. „Wenn aus jetzt der Riesen aufgeschrien wird! Lauter Steine - wie beim Wolf!“
Dann geippte er weiter, während Peter bloß zustimmend genigte.
Ein Schängel wurde angehebt, und die Gartenkühe lachte; sie saßen und hörten nichts, sie waren zu tief im Sande.
Es war der Großhändler, der Familie dies Jahr einen Riesen angeschafft hatte. Er wollte nur noch nach seinem Lande und den geliebten Riesen haben, hatte erbitert, als er das Festmahl der Speise geschaut; erinnerte sich aber gleich, daß er ja Mitglied des Riesenvereins sei und nicht das Gelege ziele. Es war bloß ein wunderbarster Riesen, ganz gewöhnlich, und seine Riese glänzte sich so schön wieder. Da lieber Gott - die ersten Vögel des Himmels, die wählten ja auch leben! Er brannete gewöhnlich, während er um den Riesen herumging, um den Umfang des Schenkens festzustellen.
Da gewachte er die kleinen Riesen, die da oben saßen und sich nach an der Erde brühten in einer wahnsinnigen Dönnung, die möglich zu machen. Er zog die Riesen hoch.
„Es ist doch die Langzeit!“ sagte er abendüber.
„Ja, man geteilt im rechten Moment gekommen! Gundersen mit dem, und ganz auf der Erde, ja! Riesen!“
„Stimme ich wie die Erde, die im großen Teil.“
Die Riesen lachten dem Riesen herab und mochten einen riesigen Riesen, der Riesen zu sehen. Ja, Gundersen hatte der Riesen sie beim Riesen - dabei er sprachlich vernachlässigt, der Riesen mehr als tausend Riesen zu berichten - konnte die Gundersen in seiner Riesen wie in einer Dönnung und schweben herunter den Sand über ihnen.
Es war nicht in seiner Riesen, ja! Riesen zu spielen, die Gundersen Riesen war er Riesen, die Erde

der hohen Obrigkeit zu überlassen Eben weil er diese die die ichen Rängen hatte, die überall und nirgends Recken, nur nie, wie es sich gehörte, bei der Arbeit, mochte er die Strafe nicht selbst vollziehen, sondern ihnen bloß ein menschliches Wort mitgeben und für eigene Rechnung sozulagen jede Verantwortung ablehnen. Es konnte nicht schaden, wenn sie sich in Zukunft einmal dieses Augenblickes erinnerten als eines alle Verbärtung durchdringenden warmenden Strahles, und wenn sie wieder einmal zu hören bekamen, daß die Gerechtigkeit, wie es in sich nicht, nur ihre Wohlfahrt im Auge hatte, nur züchtigte, um zu retten.
Die beiden Ertrunkenen dagegen wünschten nichts brennender, als daß er seinen Schokoladenbeutel halten und zuschlagen - sie recht gründlich durchlöchern möge; nur um Himmelswillen nicht die Polizei rufen! Die Tragweite der Prügel konnten sie einermahnen, aber vor der Gerechtigkeit begten sie einen unüberwindlichen Schrecken; darum trochen sie ättern unter seinem Griff zusammen.
Und so geschah es wirklich. Das Bild hatte sich nun einmal an den beiden schmutzigen Jungen vergrast und der Großhändler bellamerte sich zu einer solchen Höhe empor, daß er aller schönen Theorien vergaß und auf der Stelle Abkettung brachte. Und nachdem sie sich erst hinlänglich unter seinem Stode gekümmert hatten, sah er das Unvernünftige seines Vorhabens ein, noch mehr aus der Sache zu machen, und ließ sie laufen. Er hätte sie natürlich recht gut der Obrigkeit übergeben können, aber schließlich war er die Gerechtigkeit selbst.
Daß er sich hinterher über seine Nachsicht ärgerte und der Aussicht zueilte, daß diese die beiden Diebstahler eines schändlichen Tages direkt dem Justizhaus überliefern konnte, war ihnen total gleichgültig. Sie waren frei, und es mußte sonderbar zugehen, wenn sie sich je wieder erwischen ließen.
Die geheimnisvollen Wägen mit den Riesen erzielten sie für diesmal nicht - und ebensowenig das Ende der Welt; das mußte auf bessere Gelegenheiten verschoben werden - sie hatten die Zeit genug vor sich. Vordem hatte es das Großen und Bedeutungsollen genug gegeben, um die Würdigkeit zu wahren: sie hatten in das Bodenlole binzugehört und wären beinahe hineingezogen worden; schon hatte der ungeheure Riese der Gerechtigkeit über ihnen geschaut.
Und im Schlafstand waren sie auch geschaut!
Jetzt aber wollten sie heim.
Der Esel hatte ihnen Beten gemacht, sie trachten sich nebeneinander her, wie ein paar gut einsehens Pferde. Die Riesen saßen sich wie eine ganz kleine Welt im Rängen - ein Hund saßen, der das Ganze Würdigkeit gewesen war. Und irgendwo in ihnen sah die Befriedigung, und troch sie in den ganzen Rängen. Es war gewiss ein wichtiger Tag gewesen.

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
Casspiel Margarete Stema.
"Die Zaubertüte".
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Casspiel Margarete Stema.
"Rigoletto".
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
"Samson".
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Casspiel Margarete Stema.
"Aida".

Lobe-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
"Glaube und Heimat".
Dienstag 7 1/2 Uhr:
"Die Geisha".
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
"Die Geisha".
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
"Glaube und Heimat".

Thalia-Theater.

Montag, Dienstag 8 Uhr:
Sonderdarstellung für die vereinigten
Darstellungsgesellschaften:
"Solo's Vater".
Dienstag:
Gruppe J. & Gesellschaft:
"Anastol".
Sonderabend:
Gruppe K. & Gesellschaft:
"Anastol".
Zweites Stück am Tage der Vorstellung
von 10-2 Uhr im Zuschauerraum und an
der Abendkasse im Bühnenraum.

Schauspielhaus

Montag, Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
"Majestät Mimi".
Dienstag, Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Sonderdarstellung:
"Die Förster-Christel".
Donnerstag 8 Uhr:
Sonderdarstellung. Altes Theater.
"Die Götter von Cornubie".

Liebig's Stablisement-

Hartstein
und das
neue April-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Neues Programm!
→ 20 ←
engl. Backfische
und 11 weitere Attrakt. sen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Benz wochentags gratis.

Zeltgarten

Täglich das
Budapester
Fosson-Ensemble.
2 Burlesken
Novitäten.
Auserdem:
Bunter Teil.
Entree 30 Pfg.

Palmengarten

Damen-
Blasorchester
"Lyra"
und
"Rupperstaler"

"Reformier" Herd klärt.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem so frühen Heimgange meiner lieben Frau,
sowie für die schönen Kranzspenden sage ich allen
auf diesem Wege meinen innigsten Dank.
Breslau, den 9. April 1911. 1979
Anderssenstr. 12/14.
Gustav Spille, Vorkosthändler.

Schuhe sind billig
wenn sie haltbar im Oberleder und fest im Sohlenmaterial sind;
elegant,
wenn sie ihre gute Fassung wie neu auch nach langem Gebrauch behalten.
Gediegene Schuhe aller Art
kaufen Sie vorteilhaft bei
Hermann Huhnd, Gerlichbude am Neumarkt.
Inhaber der
Mein Lager ist 100mal grösser als meine kleine Verkaufsbude und
auch mit den elegantesten Schuhen sortiert, die an der Bude nicht
ausgestellt werden können.

Westend-Kino
Mittenstraße
36.
Weisse Sklavin.
Erster Teil. Montag.
Dienstag, Mittwoch
und Donnerstag geöffnet von
5-11 Uhr.
Keine Kinder haben durch Volkseigentum bei dieser
Preiserhöhung. 1977

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.
Das beliebte kräftige dunkle
Schlüterbrot. 1589
Jeden Montag:
Spezialtag
Erste Sorte Knoblauchwurst
3 Pfd. 75 Pf.
Jeden Dienstag:
Spezialtag
Mortadella 1/2 Pfund 25 Pf.
Georg Aldebrand
Schmiedebrücke 49,
Schweidnitzer Strasse 50,
Rosenthaler Strasse 4,
Markthalle I und II.

Pelerinen
in allen Größen.
Gustav
Knauerhase
Inh.: O. Dehmel
Neumarkt 45,
Albrechtsstr. 6.

Kontektions-Leinwand, p. Nr. 21
Kontektions-Garn, p. Nr. 18
Seiden-Ersatz, p. Nr. 22
sämil. Schneiderartikel u. Futterstoffe
für Herren und Damen entstehen
Schulz & Liebich,
Eckstraße Nr. 2-vi-3-Gebr. Barasch,
Schöten 7863.
Vergleichen Sie
Breite und Qualität. Angabe 9.
Markt, Aufmarschenden 8 III., Nr. 2.
Wohlfahrt 17 III.
Anzugsfabrik Wallstr. 17a I.
Strawatten-Verkauf
Begonnen den 30. März 1976
Schlöden den 15. April 1976
Strawatten-Fabrik und -Hospital
Ring 3, II. (Rathausseite.)
Buchhandlung Volkswacht.
Christentum und So-
zialismus von A. Debel 0.10

Im Zwing und Bann
Hilflicher Roman
aus der Zeit der Bauernkriege von Wilhelm Jessen
Gute Remittenden-Exemplare
Projiziert nur 1.00 Mark, nach auswärts 1.20 Mark
bisheriger Preis 5.00 Mark
Buchhandlung Volkswacht.
"In freien Stunden"
Hilfliche Roman-Bibliothek, fest 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.


Arbeitsmädchen
10 junge
Luft Heilborn, Friedrich-Rathstr. 13.
1 Gattelouque, 2 Bettstellen mit
Matratzen, 1 Dwan billig zu verkaufen
Altehandstr. 14, Kroner. [1981]
Schweinefleisch
Sauc. Pfd. 55 Pf., Schupp. Schulte,
Reute 65 Pf., Rindfleisch 60 Pf., ehne Knod.
65 Pf., Kalbfleisch 80 Pf., Rinderbauch
70 Pf., alles andere 75 Pf., Reifhüften
85 Pf., Gehacktes, Seidelwurst, Leber-
u. Pfefferwurst 70 Pf., ausgelassenes Fett
75 Pf., Eier 65 Pf. [1886]
Robert Ditz, Fleischermstr., Trebnitzerstr. 18.

August Heyne
Rohtabakhandlung 1685
Breslau, Karls-Straße Nr. 27.
Zigarren vorzügliche Qualitäten,
vorzüglich in Grand und Geschmack
100 Stück 5.20 Mk. bis 10.00 Mk.
empfehlend gegen Nachnahme
Zigarren-Fabrik E. Lampke,
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Rothplatz 11 am Oberbahnhof,
Filialen: Rautschstraße 16, Ede Schreygasse, Nummer 35,
Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77. 385

Telephon 5752.
Das Schönste in Qualität und modernen Formen bringen wir in unseren Preislagen
Das Beste in unseren Preislagen
590 675 850 975
für schwarze und farbige **Damen- u. Herrenstiefel**
in hocheleganter Ausführung.
Orig.-Goodyear-Welt 975 1150 1450 1650
(System Handarbeit).
Turnschuhe - Sandalen gr. Auswahl!
Segeltuchschuhe. billig. Preise!
Kinderschuhe gr. Auswahl!
Reuschestr. 15
Ecke Reussenohle.
G. m. b. H.
Taucher
Größtes Schuh-Haus in Breslau
parterre, I., II., III., IV. Etage.
SCHUHWAHL


Oster-Eier
und
Osterhasen

W.H. Klingenberg Schokoladen- u. Zuckerwarenfabrik
Schmiedebrücke 33,
Katharinenstrasse 18,
Friedrich-Wilhelmstrasse 74,
Ritterplatz 8.
Klosterstrasse 19,
Höfchenstrasse 25
Ecke Friedrichstrasse.
Am Rathaus 8.

Jasmatzi-CIGARETTEN

sind Qualitäts-Marken
Unsere Marine beste 2 Pfg. Cigarette
Jasmatzi Dubee beste 2 1/2 Pfg. Cigarette
Eimas beste 3-5 Pfg. Cigarette
sind Qualitäts-Marken

Dienstag, den 11. April 1911.

Parteiangelegenheiten.

Nach eine Parteidebatte. Zwischen der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ wird eine Debatte ausgelassen über die Stellung unserer Partei zu den anderen Parteien. Der politische Leitartikel der „Neuen Zeit“, Genosse Wehring, hatte vor einigen Wochen einen Artikel geschrieben, der so ausgelegt werden konnte, als sollte sich jetzt die Sozialdemokratie sehr nahe mit den Freisinnigen allieren. Die „Leipziger Volkszeitung“ glaubte daraufhin die „Neue Zeit“ belehren zu müssen, daß es nicht bloß gette gegen den schwarzblauen Block, sondern auch gegen den Liberalismus zu kämpfen; andernfalls würden die Wähler verwirrt und glaubten schließlich, daß die Liberalen nicht zur „Reaktion“ gehören.

Die Leipziger Volkszeitung meinte u. a.: „Eine Partei wie die Sozialdemokratie, die ihre Grundlage in bewußtem Kampfe gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft hat, ist ihrer wahren Natur nach glücklicherweise gar nicht in der Lage, im Gleichgewichtstempo ihre Kampfstellung jedesmal den wandelnden Schattenspielen im Parlament anzupassen. Gemein gegen den Völkerverfall, morgen gegen den schwarzblauen Block, übermorgen gegen ein anderes Produkt tendenzieller Einseitigkeit im Reichstagsparlament, und jedesmal natürlich ist die augenblickliche politische Konstellation die allerhöchste Ausgeburt der Reaktion und ihre Niederwerfung die absolute Forderung des Tages.“

Darauf sagt die Neue Zeit: „Das Ding, nämlich, ist, ob es in der gegenwärtigen Lage mit dem Leitartikel der Leipziger Volkszeitung übereinstimmt, in dem die Partei die Sozialdemokratie begünstigt. Und wenn er über das Gleichgewichtstempo der bisherigen Parteipolitik räsonniert, so entpuppt er sich damit nur als ein Gleichgewichtspolitiker, der sich mit hirtigen Pflichten im Klode umtreibt, während er sich einbildet, mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts zu marschieren.“

Die Neue Zeit sagt dann, daß die Wähler dadurch nicht verwirrt würden, wenn die Sozialdemokratie die inneren Ziele der herrschenden Klassen für ihre Zwecke ausnützt. Die Arbeiter würden vielmehr oft genug bemerken, daß sie selbst es für nötig halten, in gewissen politischen Situationen einen Unterschied zwischen den verschiedenen gegnerischen Parteien zu machen. Es sei eine fragwürdige Taktik, jetzt auf die Liberalen ebenso loszuspazieren wie auf die Schwarzblauen. Daran brauchen dem Freisinn seine Sünden nicht gekümmert zu werden. Aber die Sprengung des schwarzblauen Blocks ist die absolute Forderung des Tages, und wenn sie nur dadurch erreicht werden kann, daß wir in der Stichwahl die freisinnigen Kandidaten herauspauken, so ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, es zu tun, gegen die allerbestehenden Garantien.“

Darauf wendet sich nun wieder die „Leipziger Volkszeitung“ gegen die „Reaktion“ der „Neuen Zeit“: Sie selbst habe sich lediglich gegen die Forderung eines freisinnig-sozialdemokratischen Wahlbündnisses ausgesprochen, die in der „Neuen Zeit“ vertreten worden sei.

Ganz richtig sagt dazu die „Dresdener Volkszeitung“: Wir meinen, daß der vielfachige Umfang und die Kürzlichkeit dieser Auseinandersetzungen freier Parteigänge mit dem Ertrag für die Partei in gar keinem rechten Verhältnis steht. Wozu so vielerlei unnützes Hin- und Herplänteln! In der Sache selbst ist sich unsere Partei durchaus klar und ganz einzig: Wir rücken als selbständige Partei und unter Entfaltung unseres gesamten Programms in den Wahlkampf; wir bekämpfen alle kapitalistischen Parteien mit vollster Entschiedenheit, vor allem auch die nationalliberale Fabrikantenpartei; aber wir machen insoweit bei Stichwahlen einen Unterschied unter unsern Gegnern, als wir in erster Linie die Mehrheitsherrschafft des schwarzblauen Blocks, der Agrarier und der Merkanten, zerbrechen wollen.

Ein Redakteur als Opfer falscher Berichterstattung. Wegen Nachwächterbeleidigung wurde der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ Genosse Ullrich am Mittwoch von der Strafkammer in Cottbus zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Genosse Ullrich hatte Informationen erhalten, die, wie die Beweisaufnahme ergab, nicht der Wahrheit entsprachen. Gegen den „Wahrheitsmann“ des Genossen Ullrich erkannte das Gericht auf drei Wochen Gefängnis. Dieser Prozeß ist für alle Genossen, die als Mitarbeiter eines Parteiblattes tätig sind, eine neue Mahnung, bei der Berichterstattung mit größter Geistesgegenwartigkeit zu Werke zu gehen. Der dem Redakteur seines Parteiblattes etwas berichtet, was er, wenn nötig, vor Gericht nicht beweisen kann, handelt im höchsten Grade fahrlässig und parteischädigend.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum 1. Male: „Majestä Mim“, Operette in 3 Akten von Felix Dörmann und Koda Koda. Musik von Granichsiedeln.

Die Operettenliteratur ist um ein blühendes Textbuch reicher! Eine ganz unglückliche Begebenheit wird durch drei endlose Akte geziert; schon am Ende des zweiten Aktes ist das Textbuch von einer gerabegten ruhenden Willkürigkeit! Es ist merkwürdig, daß Leute von Bildung und Verstand glauben, in einer Operette die Gesetze der Logik auf den Kopf stellen zu dürfen und nicht minder merkwürdig ist es, daß ein großstädtisches Publikum — wenn es auch das einer zurückergeblichenen Großstadt ist — auf solche Zumutungen scheinbar willig eingeht. Am Sonnabend war die Hingefügtheit der Zuhörer so auf den Unfinn eingestrichelt, daß sie die von Koda Koda, einem guten Kenner des Phantastelandes „Bithynien“, eingestreuten witzigen Bemerkungen der ersten 1/2 Akte wirkungslos an sich vorübergehen ließen. Die zweite Hälfte des zweiten Aktes kennt Koda Koda wohl nur vom Hörensagen, von der Existenz eines dritten Aktes scheint er keine Ahnung zu haben. Dieser stammt also ebenso ungewisselt aus der Feder von Dörmann, wie der darin getragene Dörmann aus dem Atelier von Mehlmann herrührt. Dieses jetzt so viel umstrittene Kleidungsstück scheint übrigens nicht nur für Hrl. Gressin eine „Anziehungskraft“ gewesen zu sein, sondern auch für das zahlreiche Auditorium. Die Enttäuschung mag nicht gering gewesen sein, denn die Künstlerin „enthüllte“ nicht übermäßig viel von den Reizen ihrer Toilette.

Bruno Granichsiedeln, noch in wenig angenehmer Erinnerung durch seine Operette „Bub oder Mädel“ und den sich daran anschließenden Fall Tharau, hat zu diesem Texte eine recht ansprechende, teilweise sogar reizend eingeleitete Musik geschrieben, die sich nicht allzu auffällig an Vorbilder anlehnt. Das Orchester war nur viel zu derb und vorlaut und erdrückte die Sänger, die nur zum allergeringsten Teil wirkliche Sänger waren, es aber an Mäße nicht fehlen ließen. Nur Fräulein Gressin machte von ihren nicht üblichen Stimmmitteln einen anwähernd richtigen Gebrauch, Fräulein Wagner mußte das erst lernen. In Hauptrollen zeigten sich die Herren Lenk, Rahl und Heidemann, in kleineren Partien waren die Herren Körner, Blumenstein und Wagner recht mäßig. Den Dialog beherrschten nur wenige Rollenhaber, daher kam es, daß man fast den ganzen Text-Instanz der Operette durch das vorlaute Wesen des Souffleurs zweimal mitanhören mußte. Das Publikum ließ sich die meisten Nummern wieder-

Arbeiterbewegung.

Der Lohnkampf im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen.

Die Aussperrung ist nun auf der ganzen Linie erfolgt, mit Ausnahme in der Schiffsahrt. Dem Maschinenpersonal der Boote ist zwar gekündigt, doch ist es fraglich, ob die Aussperrung in der Schiffsahrt zur Tatsache wird. Die Reederei haben die Kapitäne schon anzuweisen, die Heizer und Maschinenisten zu fragen, ob sie weiter arbeiten wollen. Im Hafengebiet haben 2 Firmen, die dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossen, den eingereichten Vertrag für die Hafenarbeiter und Kranenführer unterzeichnet, darunter befindet sich die Firma Egan, die sehr leistungsfähig ist.

Die im Arbeitgeberverband organisierten Firmen behelfen sich auf alle mögliche Weise, um über die selbst gekündigte Kalamität hinwegzukommen. Zunächst wurde der Kundschafft das Expeditionsamt zur Verfügung gestellt. Einige Fabriken waren somit ausgenommen, das zu verfrachtende Gut von den eigenen Fabrikarbeitern zu lassen. Andere Firmen lassen diese Arbeit des Personalpersonals ausführen, da die Arbeiter in den Fabriken durch diese Verladearbeiten als Streikarbeit betrachten und sie ablehnen.

Nach die Eisenbahnen werden von den Hafengehaltigen um Hilfe angegangen. Die Pfalzbahn lehnt es aber ab, ihren Betrieb wegen der bestehenden Differenzen zu erweitern und will nur den normalen Betrieb aufrecht erhalten. Die badische Eisenbahn kommt den Hafenproben aber weiter entgegen. Es wurde bekannt, daß 60 Streckenarbeiter nach dem Hafengebiet beordert sind, um den verfallenen Bahnverkehr bewältigen zu können.

Vollständig kommen nächste Woche die „berühmten“ Hamburger oder die „Eisener“ Siebenmonatskinder“ als Nachhelfer nach Mannheim. Es- und Kochschiffahrt wurde bereits für 200 Mark von den Arbeitgebern angekauft; Strohsacke als Lagerstätten für die Arbeitslosen sind schon frisch geklopft worden. Unklarheit ist die Vorbereitung aber auch unwirksam. Freitag hat die Fabrikinspektion den Parteien ihre Vermittlung angeboten. Die Arbeiterverbände haben die Vermittlung abgelehnt.

Aus dem Streikgebiet der Faserseilmacher. Im Verlaufe der zweiten Woche des Streiks ist eine Veränderung eingetreten, daß zwei Unternehmer die Forderungen der Seilmacher anerkannt haben. Es sind dies die Firmen Koller-Jordan und Wörl-Falk. Für die Faserseilmacher besteht nun nicht mehr die Verpfändung, die von diesen Firmen geleisteten Reizen zurückzuführen, vielmehr können die Reizen dieser Firmen zur Verarbeitung empfohlen werden. Tagelohn muß mit aller Strenge darauf gesehen werden, daß Reizen der Firmen Lehmann, Juhnke und Kahlmann zurückgewiesen werden. Die Streikenden geben sich der Hoffnung hin, daß der Kampf nun nicht mehr lange dauern kann. Sofern die Faserseilmacher in derselben Weise, wie bisher Solidariät üben, wer es die anderen Unternehmer ebenfalls eines besseren belehrt werden und mit den Arbeitern Frieden schließen. Die Unternehmer kämpfen mit vergrößerter Kraft gegen die Organisation. Kein Mittel ist schlecht genug, um die Streikenden zu verdrängen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Da die Streikenden jeden Angriff auf ihre Ehre in erhebender Form sofort pariert haben, griffen die Unternehmer zu dem letzten Mittel, indem die V Hauptung aufgestellt wurde, die Organisation sei gesunken, nach dem die Unterstützung einzustellen. Wie lägenhaft dieses Gerücht ist, beweist der Umstand, daß der Vorstand des Zentralverbandes der Seilmacher beschlossen hat, für die Osterwoche eine Erbauung für Ledige von 3 Mark für Verheiratete von 5 Mark zu ihrer Streikunterstützung zu bewilligen. Zur Ehre der Streikenden sei gesagt, daß in dem langen Kampfe von 12 Wochen nur zwei Streikbrecher sich eingeschrieben haben. Die Streikenden stehen fest zusammen und sind gewiß, den Kampf bis zur endgültigen Entscheidung zu führen.

Gethe Rückwärtsentwicklung. Der dieser Tage zur Verteilung gelangte Jahresbericht des selben Gewerkschafts der Maschinenfabrik Augsburg, dem Ausgangspunkte der gethen Bewegung, läßt den Rückgang des selben Vereins zahlenmäßig erkennen. Trotz des von der Direktion begünstigten Terrorismus durch die Meister und Vorarbeiter ist der Mitgliederbestand des Vereins von 255 des Jahres 1908 auf jetzt 240 gesunken. Von diesen Mitgliedern haben nach Aussage gelber Vertrauensleute kaum die Hälfte im letzten Jahre Beiträge gezahlt. Bemerkenswert ist, daß in der Maschinenfabrik Augsburg seit 1908 annähernd 1000 Arbeiter mehr beschäftigt sind. Und trotzdem der Rückgang. Im Gegensatz zu der Rückwärtsentwicklung

der Selben machen die freien Gewerkschaften auch in Augsburg erfreuliche Fortschritte, hat doch die Zahl der Metallarbeiterverbände, auf deren Vernichtung es die gelben Verbände hauptsächlich abgesehen hatten, im letzten Jahre allein über 300 Mitglieder zugenommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. April.

Geschichtskalender.

11. April.

1804 Der Dichter Anastasius Grün (Graf Auersperg).
1825 Ferdinand Lassalle in Breslau.

Die Maifeier 1911.

In einer gemeinsamen Sitzung haben sich der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins und der Ausschuß des Gewerkschaftsartikels mit der diesjährigen Maifeier beschäftigt. Es wurde beschlossen, die Feier, den Beschluß des letzten Parteitags entsprechend, Montag, den 1. Mai, zu veranstalten. Beide Vorstände, die seit Jahren die Maifeier vorbereiten, empfehlen als die würdigste Feier die Arbeitsruhe.

Im Laufe des Vormittags wird im Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung abgehalten werden, für die Genosse Schütz das Referat übernommen hat.

Für die Veranstaltungen am Nachmittag ist der Kaiser Friedrich-Park in Klein-Gandau vorgesehen. Ein gemeinsamer Ausmarsch nach dort ist nicht geplant. In den prächtigen Garten- und Parkanlagen dieses Stadtbereichs wird ein Konzert veranstaltet werden; auch sind Kinderbelustigungen mit Geschenkartikeln vorgesehen. Für die Veranstaltungen am Nachmittag ist ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig für jede erwachsene Person festgesetzt worden. Bei ungünstiger Witterung werden die geplanten Veranstaltungen in den sehr geräumigen Sälen des Kaiser Friedrich-Park abgehalten. Um 7 Uhr Abend wird die Feier in diesem Lokale geschlossen, da bereits um 8 Uhr vier große Versammlungen beginnen.

Sie werden in folgenden Lokalen tagen: Gewerkschaftshaus, Kronprinz, Bergkeller, Wilhelmshaus. Referenten sind die Genossen H. Prising aus Neuthen O.S., Schütz, Schiller und Th. Müller. In allen Versammlungen haben Arbeiter-Gesangvereine ihre Mitwirkung zugesagt. Die Ausgestaltung des Nachmittagsfestes hat der Arbeiter-Bildungsausschuss übernommen. Die Kinderbelustigungen werden unsere Genossinnen von der Kinderbeschäftigungskommission leiten.

Es ist beschlossen worden, den Vertrieb der Maifeier-Abzeichen und -Postkarten in eigene Regie zu übernehmen. Die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften und Mitglieder, die, ohne am 1. Mai zu arbeiten, an diesem Tage ihr Gehalt oder ihren Arbeitsverdienst nicht einbüßen, haben den entsprechenden Betrag dem Maifeierfonds zuzuführen.

Nachdem also alles getan worden ist, um der Maifeier einen würdigen Verlauf zu sichern, rufen wir bereits jetzt allen Gewerkschafts- und Parteimitgliedern zu:

Rüftet zur Maifeier!

Genosse Ed. Bernstein,

der Reichstagskandidat für Breslau-West spricht am Karfreitag in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien.

Wir machen die Parteigenossen schon heute auf diese Versammlung aufmerksam und eruchen sie, für guten Besuch zu sorgen.

holen, die wertvollste sogar dreimal! Unter solchen Umständen acht man wohl kaum sehr, wenn man der neuen Operette wenigstens 25 Wiederholungen prophezeit. Unfann, du siehst! G. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Johann Jakobs Nachlaß. Der Nachlaß des bekannten Königsberger Demokraten von 1848 und späteren Genossen Dr. Johann Jakob wird gegenwärtig für die Veröffentlichung bearbeitet. Besonders handelt es sich darum, die Briefe, namentlich politische Inhalts, vollständig zu sammeln. Alle Zuschriften dieser Art sind zu richten an Dr. Gustav Mayer, Zehlendorfer-Wannseebahn, Hohenzollernstraße 12.

Die neue Weihe des Grabes Raffaele. Zum Todestage Raffaele, der dieser Tage begangen wurde, der zugleich auch der Geburtsstag des Künstlers ist, wurde die Wiederherstellung der Grabstätte Raffaele im Pantheon zu Rom vollendet und das Grabmal an diesem Tage geweiht.

Die Wiederherstellung acht auf eine Anregung Domenico Onofri zurück, der mit vieler Bereitwilligkeit den Plan verfolgte, den Künstler unter der Wölbung des Pantheons in einem römischen Sarkophag neben seiner Verlobten zu Füßen der Madonna, die er selber meißeln ließ, neu zu bestatten. Bereits vor einigen Monaten sind an der Stelle, wo aller Wahrscheinlichkeit nach die Gräber sich ursprünglich befanden, nämlich rechts und links von dem Altar, den noch heute die Statue der Madonna schmückt, die Pietro Lorenzetti im Auftrage Raffaele geschaffen hat, die Grabstätten des Künstlers und seiner Verlobten Maria Bibbiena in die Mauer eingelassen worden. Als man 1833 die sterblichen Reste des Künstlers wieder auffand, wurden sie in einem reich skulptierten antiken Sarkophag niedergelegt, der in Offia gefunden war und den Papst Gregor XVI. zu diesem Zwecke gestiftet. Die soeben abgeschlossenen Arbeiten bestanden nun darin, daß man den Sarkophag hob. Er wurde dem Auge sichtbar unter dem Altar aufgestellt.

Ein neuer entdeckter Indianerstamm. Man sollte es kaum glauben, daß in den Vereinigten Staaten, deren Länder von so vielen Eisenbahnen durchzogen und von so vielen Forschern, Spekulanten und Unternehmern aller Art durchsucht werden, noch möglich sei, einen Indianerstamm von einer ganz unbekanntem Rasse zu entdecken. Dieser Fall liegt demnach vor. Eine wissenschaftliche Kommission, die von der kalifornischen Universität unter der Führung des Professors Kroeber ausgesandt worden ist, hat soeben berichtet, es habe nicht weit von dem Sacramento-

flusse Lagerstätten eines Stammes Rothhäute entdeckt, dessen Existenz niemand ahnte, von dem man wohl schon gehört hatte, den man aber für längst untergegangen hielt.

Die Mitglieder der Kommission folgten diesen Spuren und rückten mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln vor, bis sie sich plötzlich 20 oder 30 Indianern von einem ihnen vollkommen unbekanntem Typ gegenüberfanden, die beim Anblick der Weißen, die sie zum ersten Mal sahen, schnell die Flucht ergriffen und in den Wäldern verschwanden. Die amerikanische Regierung hat auf die Nachricht von dieser Entdeckung eine starke Abteilung Reiterei in jene Gegend entsandt, mit dem Befehl, die Wälder zu umzingeln und die Indianer einzufangen, die gut behandelt und mit Existenzmitteln reichlich versehen werden sollen, damit die Gelehrten sie zu Studienobjekten benutzen können.

Aus aller Welt.

Vogelzug in Island. Man berichtet der „Frankf. Ztg.“ aus Island: Aus den Grafschaften Westford, Carlow und Rikennan kommen Nachrichten über die Ankunft außerordentlich großer Vogelscharen. Im Lauf der vergangenen Woche sammelten sich Stare, Drosseln, Brach- oder Regenvögel (Kraenbrachschneisen) in solchen Massen, daß sie den Himmel verdunkelten. In New Ross kamen in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag Tausende von Staren in die Straßen, matt und wie von einer Panik getrieben. Eine große Anzahl fiel in den Fluß Barrow, andere flogen durch die Fenster in die Wohnräume. Manche stießen mit solcher Gewalt gegen die Scheiben, daß diese zerbrachen. In Carlow ereigneten sich ähnliche Szenen. Die Vögel waren in wilder Flucht, und tote Stare, Drosseln und Rotdrosseln lagen überall auf dem Feld. Die Landleute beschreiben den Flug der Vögel als außerordentlich und ihr Geschrei als betäubend. Insekten und Wildenten hatten sich den übrigen Scharen zugesellt. In ihrer wilden Flucht stießen sie gegen Kirchdächer, Telegraphendrähte, Häuser, kurz alles, was ihnen im Wege stand. Selbst in Dublin hörte man Mittwoch und Donnerstag Nacht die schrillen Vogelschreie. Zu dieser Jahreszeit zieher die Brachvögel nach Norden und ihr Schrei ist in Dublin nichts Ungewöhnliches, aber dieser Sturm war ganz abnorm. — Ueber die Urzachen dieser Panik ist man sich nicht klar. Es scheint, daß entweder eine Veränderung in den atmosphärischen Zuständen die Vögel aufregte, oder daß eine außerordentliche Ansammlung der Schwärme einer Luftkrieg herbeiführte. Man kann sich nicht erinnern, solche Szenen jemals gesehen zu haben.

*** Zur Landtagswahl.** Mit weichen Meinungen die frommen Organe des konservativen Blattes ihren Sitz im Landtag wiedererobern möchten, davon gibt das Mittelschichtblatt einen Vorgeschmack. Jüngst ein politischer Verleumder schreibt dort über die Sozialdemokraten:

Sie wollen wahrscheinlich schon bei den erforderlichen Wahlmännern gleich mit dem Freisinn zusammengehen. Uns kann diese noch engere Verbrüderung der beiden schon recht sein. Das stört die gesamte politische Situation. Vielleicht machen es die Genossen bei der Nachwahl jetzt auch billiger, wie im Dezember 1900. Denn daß die sozialdemokratischen Wahlmänner für ihre Stimmgabe für den Freisinnigen am Nachmittag bezahlt bekommen haben, ist in Breslau längst bekannt und gibt für die kommende Wahl eine weitere sehr nette denkwürdige Beleuchtung. Die Herren Peilberg und Löbe müssen nun den Pakt aufs neue schließen.

Natürlich soll hier in einer heimatlichen, juristisch nicht fassbaren Verleumdung die Behauptung aufgestellt werden, die Freisinnigen hätten den Sozialdemokraten über ihrer Kasse Geld für die Abstimmung gegeben, die Stichwahlstimmen also gekauft. Wenn das deutlicher und klarer ausgesprochen worden wäre, könnten wir dem Verleumder das Handwerk gerichtlich legen, denn selbstverständlich hat weder unsere Parteikasse noch auch ein Wahlmann für seine Abstimmung auch nur einen einzigen Pfennig von den Freisinnigen erhalten. Der Versuch des Stimmenkaufs und der Bestechung mit tausend Mark ist bisher nur ein einziges Mal gemacht worden, und zwar das bei der Landtagswahl im Jahre 1900 und geschah vom Wahlleiter der konservativen Partei. Diese Schurkerei wurde damals gebührend zurückgewiesen. Sie ist das Ehrenbeispiel der deutsch-konservativen Partei geblieben, nur ihr allein.

*** Die Zentrumsprelle.** „Verst. gehässig und gemein“ hat der Zentrumsabgeordnete Heim Artikel der Zentrumsprelle genannt und im deutschen Reichstag als Organ, das Artikel solchen Kalibers verbreitet, die „Schlesische Volkszeitung“ bezeichnet. Sie wird dem Rufe, den sie in der eigenen Partei genießt, auch durch ihr wahrheitswidriges Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie täglich gerecht. Bekanntlich hatte sie behauptet, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten sich nur um das Wohl ihrer der Partei angehörenden Arbeiterklassen, während ihnen, die doch Vertreter der Allgemeinheit sein sollten, das Wohl aller übrigen Arbeiter und Bürger schnuppe sei. Wir wiesen an dem Wortlaut der Erklärung des Genossen Löbe nach, daß sich der Schreibnecht der „Volksz.“ eine Fälschung zuschulden kommen ließ, indem er die Forderung der Gleichberechtigung verbrachte in die Forderung des Wohles der sozialdemokratischen Arbeiterklasse. Aber „ein Putsch wie ich, was macht sich der daraus“, denkt unser frommer Mann; da wird eine Lüge auf die andere gesetzt und wir schwindeln uns mit Gottes Hilfe durch. Heute windet er sich wie folgt:

Das sozialdemokratische Blatt führt als „Verweis“ für seine Behauptung den Abdruck der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion in der „Volksmacht“ an. Nun heißt es allerdings in dieser Erklärung:

„Aus allen diesen Gründen sind wir bereit, dem Haushaltsplan für 1911 unsere Zustimmung zu geben. Wir binden uns damit nicht für alle Zukunft, sondern behalten uns vor, die Frage von Jahr zu Jahr zu prüfen, und werden wir nie weis davon abhängig machen, daß der sozialdemokratischen Arbeiterklasse in allen kommunalen Angelegenheiten diese Gleichberechtigung gewährt wird.“

Nun hatte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament allerdings ein Schriftstück in der Hand, das er auch benutzte. Aber ebenso halten wir an der Tatsache fest, daß dieser Redner sich nicht nur an das Manuskript hielt, sondern bemerkte, seine Fraktion sei voran, daß das Wohl der sozialdemokratischen Arbeiterklasse gefördert werde. Wenn es auch den Vertretern der Partei im Stadtparlament sonst vielfach durch Unruhe im Saale schwer gemacht wird, den Verhandlungen zu folgen, so sei doch festgestellt, daß bei der Erklärung des Stadtrats über die Staatsabstimmung verhältnismäßig große Ruhe herrschte, wobei ein Irrtum vollständig ausgeschlossen erscheint.

Wir gratulieren zu dem gottwohlgefälligen Sonntagsergebnis, das der Herr durch den neuen Schwinkel vertritt, aber durchschlüpfen lassen vier den frommen Hund trotzten nicht. Zum Glück sitzen nämlich wir Stenographen im Saal, die die Aufgabe haben, die Reden zu aufzunehmen, wie sie gesprochen werden. Und die werden durch ihr Stenogramm dem Lesenden, dem der Zweck die Mittel heiligt, sein lauberes Handwerk legen helfen. — Einmal seien sei nur den Schönermücker noch mitgeteilt, daß sich das mittelschichtliche Zentrum in Sachen ihrer Beschwerden über die Banan-Lägerarbeiten

auf die Seite der Fabriken stellt, nicht auf die Seite des Handwerks. Das ist auch interessant.

*** Aus dem Glasergewerbe** wird uns geschrieben: Der Gesellen-Ausschuß der Westauer Glaser ist an die Glaser-Zwangsjungung wegen Schaffung eines Lokaltarifs herangezogen. Die Michaels-Duariais-Versammlung 1910 war damit einverstanden und beschloß auf Antrag des Gesellen-Ausschusses, (der Obermeister war krank und nicht anwesend), durch den Vorstand eine Sitzung einzuberufen, wozu der gesamte Gesellen-Ausschuß eingeladen werden sollte, um über einen den jetzigen Verhältnissen angepaßten Lokaltarif zu beraten. Trotzdem der Gesellen-Ausschuß in der Innungs-Versammlung ohne Widerspruch verlangt hatte, daß die Einladungen zu dieser Sitzung allen Ausschuß-Mitgliedern zugehört werden, wurde nur der Altgehilfe vom Obermeister Rejepska mit dem Generalsekretär eingeladen, die übrigen Mitglieder zu benachrichtigen. Der Altgehilfe war aber auswärts auf Montage, und so erfuhren die übrigen Ausschuß-Mitglieder nichts von dieser Sitzung. Der stellvertretende Altgehilfe beschwerte sich darüber beim Innungsvorstand. Der Obermeister ersuchte darauf den Beschwerdeführer, zu einer Rücksprache in seiner Wohnung zu erscheinen. Der Herr Obermeister will nun nicht dulden, daß sich die bei ihm beschäftigten Glaser der Organisation anschließen. Auf die Verurteilung des stellvertretenden Altgehilfen, daß er seinen Leuten das gesetzlich anerkannte Koalitionsrecht verweigert, dagegen das Recht, sich zusammenzuschließen, für seine Person voll beansprucht, erwiderte der Herr, daß sich die Leute ja organisieren können, aber nur in Verbänden, die im Arbeitgeber nicht ihren Gegener sehen. Weiter verlangte der Herr, daß die Gesellen, wenn sie von ihm als Obermeister etwas erreichen wollen, zu ihm rufen kommen; zu fordern hätten die Gesellen nichts. Auf die Frage, ob er nicht selbst zugeben müsse, daß die jetzt bezahlten Löhne ungenügend sind und ein verheirateter Geselle bei den jetzigen Zeiten unmöglich mit 22 oder 24 Mk. auskommen könne, antwortete der Herr mit einer Antwort derer Herr: „Als Verheirateter kann er ja nicht Geselle zu bleiben, sondern er kann ja heiraten werden, den Westauer kann auch hundert Meister mit 1 bis 2 Gesellen ernähren, aber nicht 10 Betriebe mit 20 Gesellen.“ Auf die Entgegnung des Gesellen-Vertreters, daß bei den 70 bis 80 bestehenden Glaserbetrieben zwei Drittel der Arbeiter sehr schlecht gestellt sind und die Hälfte noch bei anderen Meistern arbeitet, wozu die Lage der Gesellen weiter herabgedrückt wird, mußte der Herr, der da glaubt, mit 1 Mk. täglich auskommen zu können, keine Antwort. Herr Rejepska wurde noch mit Recht vorgehalten, daß er nur seine Meinung für die allein richtige hält, obwohl ihm schon oft bewiesen wurde, wie sehr er sich irren kann. Und dies r Mann steht an der Spitze einer Innung, die nach dem Gesetz und Statut für ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen sorgen soll. Die Gesellen mögen daraus ersehen, wie notwendig es ist, daß sie einig sind und zusammenhalten; denn sonst müssen sie sich von den Meistern alles bieten lassen.

*** Die Sepulat-Kartoffeln.** Die Dominialarbeiterin Pauline Frey erhielt im November 1910 vom Dominium in Klein-Sagewitz ihre Depulatkartoffeln geliefert, die aber so schlecht und ungenießbar waren, daß sie die Frau an einen Mann des Dorfes als Viehfutter weiterverkaufen mußte. Um am nächsten Tage für sich und ihre 5 kleinen Kinder Kartoffeln zum Abendbrot zu kochen, ging die Frau an die Kartoffelgrube des Dominiums, um sich daraus ein paar Kartoffeln unerlaubt anzueignen. Sie wurde jedoch vom Dominiarinspektor beobachtet und wegen Diebstahls angezeigt. In der Verhandlung vor der Westauer 2. Strafkammer bestrafte der Mann, der von der Frau seinerzeit die Depulatkartoffeln für 60 Pfennige gekauft hatte, unter keinem Eide, daß die Kartoffeln zum Genusse für Mensch u. tatsächlich unbrauchbar waren: er habe sie als Viehfutter verwendet. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Frau nicht weniger als vier Monate Gefängnis. Das Gericht hielt jedoch nicht Diebstahl für vorliegend, sondern nur Mordraub. Wegen dieses Vergehens war aber kein Strafentwurf gestellt worden, weshalb das Verfahren eingestellt wurde. Dieser Fall zeigt wieder das Elend der Landarbeiter in ganz besonderem Maße.

*** Der Streit um den Willkommenbecher der Maurergesellen,** der sich schon etwa ein Jahr hinzieht, wurde am Sonntag vor dem vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts endlich entschieden. Der Becher war seit langer Zeit im Besitz der hiesigen Gewerkschaft der Maurergesellen. Auf seine Herausgabe klagte die Innung der Maurer und Steinhauer zu Breslau. Das Gericht wies die Klage der Innung ab, mit der Begründung, daß sich der Becher schon seit unendlichen Zeiten im Besitze der Gewerkschaft befindet. Das Gericht auch für die Vermutung, daß die Kasse rechtmäßige Eigentümerin des Bechergewinns sei. Auch belege die Stiftungsurkunde, daß der Becher für die Gesellen angeschafft wurde. Der Einwand, daß die Gesellen zur Zeit der Stiftung noch keine selbständige Genossenschaft gebildet hätten, sondern Mitglieder der Innung gewesen seien, daß sie also das Eigentumsrecht nur für die Innung hätten erwerben können, ist unzutreffend, weil nach dem damals in Schlesien geltenden Recht wie auch nach dem Allgemeinen Landrecht sehr wohl eine Gesellschaft Eigentum erwerben konnte. Daß die Innung den Becher, wie sie behauptete, beim Turnfest im Jahre 1891 und bei anderen festlichen Veranstaltungen habe voranzutragen lassen, sei nicht als eine Unterbrechung des Besitzes der Gewerkschaft anzusehen, denn der Becher sei nachher immer wieder in den Besitz der Gewerkschaft zurückgekommen.

*** Schutz des Kindes.** Daß Kinder unter vierzehn Jahren zu gewerblichen Arbeiten nicht herangezogen werden dürfen, ist seit vielen Jahren nicht in den Kopf geblieben zu wollen. Das Westauer Schöffengericht beschäftigte sich am Dienstag mit zwei Fällen dieser Art. Die Milchhändlerin S. von hier

war im August vorigen Jahres einen schulpflichtigen Knaben selbst vor 8 Uhr mit Milchstragen fortgesetzt beschäftigt. Der Knabe erhielt dafür jedesmal den geringen Betrag von 10 Pf. Auch die Mutter des Knaben, die die Beschäftigung zuließ, war wegen Beihilfe zum Vergehen gegen das Kinderbeschützgesetz vom 30. März 1909 (§ 5 S. 8) mit angeklagt. Das Urteil lautete gegen beide auf je 8-Monats-Gefängnis. Der andere Fall lag ähnlich. Die Milchhändlerin Luise S. von hier hatte einen Schulknaben im November und Dezember vorigen Jahres mit Milchstragen beschäftigt. Da aber die Mutter des Knaben, die bei der S. die Milch austrug, den Knaben nur zum Tragen der Laterne in den dunklen Morgenstunden mitgenommen hatte und die Milchhändlerin davon nichts wußte, wurde diese freigesprochen. Der wegen Beihilfe mitangeklagte Vater des Knaben, konnte nicht verurteilt werden, weil nach den Gesetzesbestimmungen sein Vergehen als verjährt angesehen werden mußte.

*** Eine wichtige Streitfrage für Formier.** In der Sitzung des Gewerbegerichts vom 31. März lagte ein Formier gegen die Eisenhändler von G. & H. der Gutsman auf Zahlung einer Lohnrückzahlung von 26 Mark. Der Tarifstand ist folgender: In dem 1. Jahre sind die Lohnsätze, woran der Formier zu arbeiten hatte, reparaturbedürftig geworden. Er konnte deshalb seiner arbeitsfähigen Tätigkeit nicht nachgehen und mußte andere Arbeiten verrichten, die ihm in der Woche nur 12 Mark einbrachten, während er sonst durchschnittlich 30 Mk. verdiente. Die fehlenden 18 Mk. verlangte er als Ersatz. Außerdem sind ihm 8 Mk. abgezogen worden, für eine Eisenplatte, die als „Ausschuß“ angesehen wurde. Der Vertreter beantragte die Abweisung der Klage, der Kläger wäre erstens nicht berechtigt, eine Lohnrückzahlung geltend zu machen, da genügend andere Arbeit vorhanden war, und zweitens trägt er allein die Schuld, am Ausschluß; mithin sei die Firma um Abzug berechtigt gewesen. Der Kläger widersprach dieser Behauptung und legte aufeinander, wie der Fehler entstanden sei. Nicht an der Firma habe es gelegen, sondern am Gesellen. Da die Sache von Wichtigkeit war, beschloß das Gewerbegericht eine umfassende Beweiserhebung und Vernehmung von Sachverständigen. Die Sachverständigen, die die Firma vorschlug, der Betriebsleiter der Fabrik K. & H., Herr Thomas, und der Ingenieur der besagten Firma, Hütter, stellten sich ganz auf die Seite der Beklagten, indem sie die Ansicht vertraten, daß an der Form ein Fehler vorgekommen sein müsse. Stadtvorordneter Schütz dagegen führte als Sachverständiger in der Sache aus, daß in der Regel für allen Schaden der Formier verantwortlich gemacht werde. Es werde gar nicht geprüft, wer an dem Ausschluß eine Schuld hat. Wenn Ausschuß vorhanden ist, muß der Formier dafür büßen. Man dürfe aber nicht so allgemein vorgehen, sondern müsse von Fall zu Fall prüfen. Wie hier die Sache beuge, müsse das zu zeitige Petrus eben der Schuld sehr wohl die Ursache des Ausschusses sein. Er machte dabei eingehende technische Ausführungen, um seine Angaben zu beweisen. Der Ingenieur machte dagegen Erwiderungen. In verschiedenen Betrieben würden Platten auch ohne die sogenannten Trichter geformt. Das veranlaßte Schütz zu der Frage, ob er denn in dem Falle auch praktisch gearbeitet habe — wegen des Lohnsatzes von 18 Mk. trat Sch. für die Verrechnung der Forderung ein. Für die Reparatur sei doch nicht der Formier verantwortlich zu machen, wenn er deshalb im Nachteil ist, müsse ihm unbedingt auch Ersatz geleistet werden. Das Gewerbegericht war auch der Meinung, daß der Anspruch berechtigt ist. Es wäre schließlich eine Verurteilung erfolgt, wenn der Kläger nicht selbst erklärt hätte, daß er sich mit 20 Mark vergleichen wolle. Darauf ging der Vertreter natürlich ein.

*** Eine Submissionsblüte** hat sich wieder bei den Maurerarbeiten für den Neubau der Karoluskirche an der Gohlsstraße gezeigt: Es wurden 11 Angebote gemacht, und zwar von den Firmen Nerlich mit 90.092 Mk., Köhbe mit 117.926 Mk., Just mit 118.762 Mk., Engert mit 121.508 Mk., Haase mit 123.176 Mk., Haude mit 127.168 Mk., Wedemann mit 129.680 Mk., Schiefinger u. Benedikt mit 153.899 Mk., Hejula mit 165.773 Mk., Mathis mit 190.006 Mk. und Kühnel u. Co. mit 193.054,81 Mk. Der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Forderung sind also nicht weniger als 102.962 Mk.!

*** Die Abbrucharbeiten auf dem Festungsplateau** sind, nachdem die Errichtung eines Schwimmbades in dem großen Zementbassin von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt wurde, jetzt wieder aufgenommen worden. In der Südseite des Gasanstalt ist ein Baucaum aufgerichtet und über dem Bürgersteig ein Schuttdach für die vorübergehenden Straßenpassanten hergestellt worden.

*** Gräbchen.** Gründung eines Gesangvereins. Immer mehr Arbeiter erwachen und erkennen auch die Bedeutung des Gesanges. So auch in Gräbchen. Der Aufforderung einzelner Genossen, einen Gesangverein zu gründen, waren mehr als 28 Genossen gefolgt, die sich am Sonntag im Gerichtsstrichsam zusammenfanden und dort einen „Männer-Gesangverein Gräbchen“ gründeten. Einmütig wurde beschlossen, dem Arbeiterklub erbeten beizutreten. Die Übungsstunden werden an jedem Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, im Gerichtsstrichsam abgehalten. Von jedem Mitgliede können neue Freunde des jungen Vereins jederzeit eingeführt werden. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., der Beitrag wöchentlich 15 Pf. Die Genossen, die den Verein gründen, werden es als ihre erste Pflicht ansehen, Gesänge zu pflegen, die der aufgelärten Arbeiterklasse würdig sind.

*** Die Solat-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft** in Breslau hat im Jahre 1910 trotz reichlicher Abschreibungen einen Reingewinn von 104.912 Mk. erreicht; im Jahre vorher betrug er 45.577 Mk. Die Gesellschaft hat also sehr gute Geschäfte gemacht und kann eine Dividende von 6 Prozent verteilen, während die Aktionäre für 1909 2 Prozent bekamen.

Hundertjährig Bekannte in Lebensgefahr. Während sie stündlich eintraffenden Nachrichten über das Bergwerksunglück bei Scaunton sahen, daß die Folgen dieser Katastrophe weit größer sind, als ursprünglich angenommen wurde, tritt die Meldung von einer neuen großen Grubenkatastrophe ein, die sich in Littleton bei Birmingham in Alabama ereignete. In einem dortigen Kohlenbergwerk erfolgte eine furchtbare Explosion. Von 190 Bergleuten, die nach dem Bergwerk strömten und noch nicht abgerufen waren, konnten sich nur zwanzig retten, die anderen waren entweder tot oder verletzt, oder es war ihnen durch den Einsturz des Stollens der Rückweg abgeschnitten. Die Stadt Littleton liegt in einer an Kohlenminen, Kopal- und Rotzinnstein-Lager reichen Gegend der Grafschaft Jefferson im nordamerikanischen Staat Alabama und ist trotz der Nähe der Hauptstadt Birmingham infolge ihrer Industrie rasch gewachsen.

In Scaunton sind bereits fünfzig Leichen geborgen; es werden jedoch noch mehr in dem Bergwerk vermisst. Die Bergarbeiter sind meist Polen. Die Leichen zeigen deutliche Anzeichen des Ersticken. Der größte Rettungsversuch erfolgte durch einen Mann, der Leiter der neu entdeckten Littleton Rettungsaktion für Bergleute. Er brach in den verschütteten Schacht und ließ sich mit dem Helm an die Wand, so daß er glückliche Hilfe erhielt. Die Arbeiter versuchten, ob sie versuchen, ihre erstickten Kameraden zu retten. Im Schachtungsberg wurden fünf Leichen geborgen. Zwei sollen sich bei den Rettungsarbeiten befinden.

Der Mörder seines Sohnes. Ein entsetzliche Familien-ergänzung erregte sich in Nieder-Sachsenberg in Böhmen in der Nähe von Amberg. Der 60-Jährige alte Hausbesitzer Franz Siebisch erriet mit seinem 17-jährigen Sohne wegen dessen leidenschaftlichen Lebenswandels in Streit. Als der Sohn ihn angriff, schlug der Vater ihn mit dem Beil nieder und erwürgte ihn dann. Hieran sollte er sich selbst der Polizei.

Ein Mord der berühmten Stenographen. Der größte Stenograph der Welt ist ein deutscher Stenograph, der hat von einer Welt in Holland seine erste Hauptstadt Oberstein angegriffen. Der Sohn — „Lorely“ mit Namen — hat eine Klage von 100 Mark und eine Strafe von 23 Jahren. Er ist ein Stenograph und besitzt eine Selbständigkeit von 25.000 Zentnern jährlich an Stenographenarbeiten.

um Nachrichten über ihre Angehörigen zu erhalten. Das Unglück ist das größte, das jemals im Scauntoner Kohlengebiet sich ereignete.

Ein Mord der berühmten Stenographen. Der größte Stenograph der Welt ist ein deutscher Stenograph, der hat von einer Welt in Holland seine erste Hauptstadt Oberstein angegriffen. Der Sohn — „Lorely“ mit Namen — hat eine Klage von 100 Mark und eine Strafe von 23 Jahren. Er ist ein Stenograph und besitzt eine Selbständigkeit von 25.000 Zentnern jährlich an Stenographenarbeiten.

Ein Mord der berühmten Stenographen. Der größte Stenograph der Welt ist ein deutscher Stenograph, der hat von einer Welt in Holland seine erste Hauptstadt Oberstein angegriffen. Der Sohn — „Lorely“ mit Namen — hat eine Klage von 100 Mark und eine Strafe von 23 Jahren. Er ist ein Stenograph und besitzt eine Selbständigkeit von 25.000 Zentnern jährlich an Stenographenarbeiten.

Ein Mord der berühmten Stenographen. Der größte Stenograph der Welt ist ein deutscher Stenograph, der hat von einer Welt in Holland seine erste Hauptstadt Oberstein angegriffen. Der Sohn — „Lorely“ mit Namen — hat eine Klage von 100 Mark und eine Strafe von 23 Jahren. Er ist ein Stenograph und besitzt eine Selbständigkeit von 25.000 Zentnern jährlich an Stenographenarbeiten.

Ein Einseitiger. In der „Deutschen Schriftstellerzeitung“ findet sich folgende Anzeige:

Unbemittelter Dichter, der schon mehrere lyrische und dramatische Werke hat veröffentlicht lassen, sucht einen Verleger oder einen Interessenten, der die weitere Herausgabe der Manuskripte anzunehmen bereit ist. Eine Auswahl dürfte mindestens 20 Bände füllen. — Angebote unter D. S. 3. 827 an die Expedition dieses Blattes. Wer annehmen wollte, daß die Anzeige ein Aprilscherz sei, kennt den „Realismus“ deutscher „Dichter“ nicht.

Literatur.

Die illustrierte Kunst Ludwig Richters wird erst in unseren Tagen so langsam bekannt und vollständig. Richters Zeichnungen, Allegorien und Bignetten sind sicher nicht nur künstlerische, sondern auch geistige Meisterwerke, sondern es liegt eine Fülle inniger jarten Empfindens und Humors darin. Es ist zu begreifen, wenn unsere heutige Buchdruckkunst mit ihrem sauberen Veredelungsverfahren die Arbeit solcher Künstler auch denen vermittelt, die sich nicht teure Werke kaufen können. Volksausgaben in guter Ausstattung werden heute zahlreich auf den Markt gebracht. Zu diesen guten Ausgaben gehören auch die, die die Leipziger Verlagsanstalt Vogel & Schade herausgibt. Diese Firma hat die Verlagsrechte der bekannten Kunstausgabe von Alphonse Durr übernommen und präsentiert zum ersten Male drei Volksausgaben Richterscher Kunst in Heften auf sehr gutem Papier und in vorzüglichem Druck. Es ist ein Heft „Frühling“, ein Heft „Sommer“ und als drittes eine allerliebste Sammlung von „Bildern und Bignetten“. Jedes Heft enthält fünfzehn Holzstiche und legt in Prosa und Versen Der Preis jedes Heftes beträgt 1,20 Mk. Diese Ausgaben sind auch durch die Buchhandlung der „Volksmacht“ zu beziehen.

Dienstag, den 11. April 1911.

Herrenhaus.

10. Sitzung. Sonnabend, den 8. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Lenze, v. Dallwitz, Besefer, Sydow.

Der Gehelentwurf, betreffend die Umlegung von Grundstücken in der Residenzstadt Posen wird nach kurzer Debatte genehmigt und geht nunmehr an das Abgeordnetenhaus.

Die Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Finanzetat.

Bankdirektor Delbrück: Mit Herrn v. Swinner habe auch ich es für nötig, die Sparkassen gesehlich zur Anlage eines größeren Prozentsatzes ihres Vermögens in Staatspapieren zu nötigen. Die zu tilgenden Schuldenbeträge sollte der Finanzminister auf dem offenen Markt ankaufen und auch den Reichsschatzkanzler dazu bestimmen (v. Swinner: Tut er schon.) Auf die Versicherungsgesellschaften sollte ein stärkerer Druck zur Anlage ihrer Gelder in Staatspapieren ausgeübt werden. Bei den Industriegeellschaften bin ich ein Gegner gesehlicher Regelung aber ich halte es für vorteilhaft, daß die Banken ihren Einfluß auf die Industriegeellschaften dahin ausüben, daß sie mehr als bisher die Reservesfonds liquide halten. Um dies zu erreichen, ist es besser, daß das Geschäft verkleinert wird, als daß der Zustand der Ueberhäufung andauert. Ich kann nicht raten, den Ausleihungsfonds zur Erweiterung von Anlagen zu benutzen. Datten wir fest an den Grundstücken der Sparkassen und der Reichs- und Preussischen Finanzen geseh gemacht haben. (Zustimmung.)

Herr v. Mirbach: Es ist erfreulich, daß die Herren von Swinner und Delbrück darin übereinstimmen, daß die Konfiskation des offenen Markt zurückgekauft werden müssen. Poffentlich folgt die Finanzverwaltung diesem Rat. Im vorigen Jahre hatten wir formell zwar ein Defizit, materiell aber einen Ueberschuß. Die Folge davon ist immer die Erhöhung der direkten Steuern. Es ist aber bedenklich, die Steuern so zu erhöhen, daß die Steuerkraft der Rentisten erschüttert wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Zehnfachung höchst bedenklich. Für die Sparkassen wäre der gesehliche Zwang zur Anlage eines Teils ihrer Kapitalien in Staatspapieren ganz unannehmbar. Viel besser ist der Weg, den unser Reichsschatzkanzler selbst gegangen ist, indem er den Bestand an Edelmetall vermehrte. Der politische Radikalismus macht sich leider immer breiter. Heute las ich, daß ich am Sturz des jetzigen Ministerpräsidenten arbeite. Dabei habe ich nur über zwei Bemerkungen des Reichsschatzkanzlers im Reichstag meine Genugtuung ausgesprochen. Das ist meine Ministerarbeit. Wir erwarten vom Finanzminister, daß er bei der organischen Reform der direkten Steuern die beinahe perniziöse Höhe der Kommunalbelastung berücksichtigt. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lenze: Es ist nicht richtig, wenn man von einer ganz unersuchbaren Zehnfachung bei der Eisenbahnverwaltung spricht. Der Druck der Staatssteuer ist nicht so groß, wie es Graf Mirbach hingestellt hat, sondern vor allem derjenige der kommunalen Steuern. (Sehr richtig.) Wir haben kein weiteres Mittel für den Staat, wenn wir Geld brauchen, als die Steuerkraft abzusuchen, so schmerzhaft das auch sein mag. Ich bitte Sie, lassen Sie das Verhältnis der Finanzverwaltung und der Eisenbahnverwaltung so wie bisher, sonst werden Eisenbahn und Staatsfinanzen schweren Schaden leiden. (Beifall.)

Herr v. Mirbach: Der Wert unserer Eisenbahnen beträgt heute etwa 15 Milliarden, während die Eisenbahnschuld nur noch 7 Milliarden beträgt. Arbeiten wir so weiter, so kommen wir dahin, daß wir keine Eisenbahnschuld mehr haben.

Finanzminister Dr. Lenze: Wenn wir 120 Millionen aus dem Staat in die Eisenbahnen hineinstecken und daneben für viele Millionen außerordentliche Aufwendungen machen, dann können wir unmöglich die Bahn vollständig abschreiben.

Bankdirektor v. Swinner: Ich habe behauptet, daß die Eisenbahneinnahmen nicht richtig eingestellt sind. Tatsächlich sind sie um circa 100 Millionen, das ist um 60 Prozent, falsch gegrißen. Wenn ich weiter gesagt habe, in den Ausgleichsfonds könne nichts fließen, so stimmt das ja schon ein. Aber es sind 19 Millionen mehr eingenommen und nur 9 1/2 Millionen mehr ausgegeben. Daß die Rechnung nicht stimmt, ist klar. Ich habe dem Finanzminister ein Exposé überreicht, wonach wir tatsächlich ein Defizit zu konstruieren brauchen und ganz unbefriedigend statt 2,10 Prozent 2,35 Prozent, also 1/4 Prozent mehr auf den Etat bringen können. (Hört, hört!) Der Redner gibt eine eingehende kaufmännische Berechnung, in der er die Tilgung der Eisenbahnschuld in 56 Jahren, die Tilgung aller Neuanlagen und Aufwendungen in 41 Jahren in Rechnung stellt, bei einer Verzinsung von 4 Prozent, einer Tilgungsquote von 1 Prozent und einer Einnahme von 6 Prozent. Dann haben wir in 56 Jahren die Eisenbahnen, die wir heute schon für 15 Milliarden verkaufen können, umsonst. Es gibt keine liberalen Finanzen und keine konservativen Finanzen, es gibt nur gute Finanzen und schlechte Finanzen, es gibt nur eine richtige und unrichtige Finanzpolitik.

Finanzminister Dr. Lenze: Der Vorschlag des Herrn v. Swinner ist für mich ein Weg zu schlechten Finanzen. Die will er mit 120 Millionen des Extraordinariums das Defizit beseitigen, die Steuerzuschläge beseitigen und noch einen Reservesfonds für den Eisenbahnminister bilden? Die Denkschrift des Herrn v. Swinner, die er mir eben überreicht hat, habe ich noch nicht durchlesen können. Aber es erscheint mir unbedenklich, mit verankertem Kapital dieselbe Rente zu erzielen, wie mit zinslosen. (Beifall.)

Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin: Ich wundere mich, daß die beiden Vertreter der großen modernen Bankpraxis nicht die großen wirtschaftlichen Faktoren erwähnt haben, die die Kursbewegung hauptsächlich beeinflussen. Die Konkurrenz der Bankbriefe und der industriellen Papiere hat doch die Rechte, daß sich bei uns auch das kleine und mittlere Kapital von den Staatspapieren weg- und den industriellen Papieren zugewendet hat. Gegenüber den 30-600 Millionen, die nach dem Ausland fließen, werden die 90 Millionen bei den Sparkassen keinen großen Einfluß auf den Kurs der Staatspapiere ausüben können. Es ist mir höchst zweifelhaft, ob wir auf die Sparkassen einen Zwang ausüben können, der nur die kleinen Leute, besonders bei Ausbruch eines Krieges, schädigen würde. Viel wirksamer als ein gesehlicher Zwang der Sparkassen wäre eine langsame Entwicklung des Emissionsgeschäftes der Banken und Ueberhaupt des modernen Bankwesens. Wenn uns die Not zwingt, müssen auch wir natürlich zum Papiergeld mit Zwangskurs übergehen. Bisher haben wir aber glücklicherweise unsere großen Staatskassenscheine überlassen, ohne eine solche Maßnahme. Von den Vorschlägen des Herrn v. Swinner kann ich mir eine Besserung nicht versprechen. Man kann nicht rein rechtliche Tilgungspläne auf so lange Zeit aufstellen. Der bisherige Weg mag ein bischen altförmlich sein, aber er ist der solidere und daran soll Keiner festhalten. Der Redner spricht über die Steuerfragen und verlangt eine Fortsetzung der progressiven Tendenz der direkten Steuern, auch für die Vermögenssteuer.

Herr v. Swinner: Herr v. Swinner zahlt viel weniger Steuern als wir armen ländlichen Grundbesitzer. Grundversteuer ist Vermögenskonfiskation, sie muß daher abgehehlt werden. An den großen Kommunallasten sind die Schulpaläste schuld, die die Regierung verlangt. Bei der jetzigen

Versteuerung des bäuerlichen Grundbesitzes müssen selbst die Wohlhabenden verarmen! Eine gerechte Besteuerung aller Staatsbürger sollte geschaffen werden sonst wird die Alters- und Invaliditätsversicherung auf die früher wohlhabenden Kreise ausgedehnt und die Fideikommissionen von ihren ins Ausland gehenden Besitzern verkauft werden müssen. (Zustimmung.)

Herr v. Swinner: Es sollte versucht werden, einen anderen Wertmesser bei ländlichen Grundstücken, an Stelle des Ertragswertes, zu finden.

Generalsekretär Feinke legt dar, daß bei den Schätzungen der Grundstücke nicht schematisch verfahren werde. Oberbürgermeister Körte Königsberg: Durch die Vorkchrift, daß die Sparkassen große Summen in Staatspapiere anlegen müssen, wird die Befriedigung des Hypothekendebitors für den kleinen ländlichen und städtischen Grundbesitz sehr gefährdet.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat des Finanzministeriums erledigt und eine Reihe kleinerer Etats debattelos angenommen.

Der Justizetat wird nach unwesentlicher Debatte erledigt.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Herr v. Swinner: Ich spreche für den Impfschutz. Geh. Medizinalrat Dr. v. Waldeyer bedauert im Namen vieler Ärzte die Trennung der Medizinabteilung vom Kultusministerium.

Minister des Innern v. Dallwitz: Ich werde mich der Medizinabteilung ganz besonders annehmen und den Wünschen des ärztlichen Standes gern mein Ohr leihen.

Herr v. Puttkamer dankt dem Minister für die Abwehr der Angriffe, die im Abgeordnetenhaus auf die Landräte erhoben worden sind. (Beifall.) Herr Becker, Darmstadt, scheint ja inzwischen fess- und langlos von der Wildschäpe beschwunden zu sein. Das Vertrauen zu den Landräten ist eine der Grundlagen unseres Staates. (Beifall.) Sieben wir alle zusammen gegen den Umsturz, nicht länger dürfen unsere heiligsten Gefühle in den Rot geätzt und alle Autoritäten mit Hohn überschüttet werden. (Zustimmung.) Wir dürfen die Verherrlichung der Republik, den Zweifel an der Treue unseres Herrn nicht dulden. Man spielt für den Fall eines Krieges sogar schon mit dem Gedanken des Vaterlandsverrats. Die Jugend sucht nach den gewalttätigsten Umsturz zu gewinnen. Arbeitslosigkeit und kleine Kaufleute werden mit rohester Gewalt terrorisiert. Die Gesetzgeber haben entweder nicht zur Bekämpfung des Umsturzes ausgereicht, oder man hat sie ungenügend angewendet. Geht es so weiter wie bei den Nachwahlen, dann siegen auch die vereinigten bürgerlichen Parteien nicht über die Sozialdemokraten. Die Parteien von Bassermann bis Bebel hoffen fanatisch alles, was Agrarier, Pflaster, Zentrum, Schwarzblauer Bloß heißt. Für die Nationalliberalen sollte in solcher Gemeinschaft kein Raum sein. Der Bund der Landwirte soll durch das Geld des Konsums und des Uebergehens werden; den Zentrumskreis kann es nicht erschüttern. Die bürgerlichen Parteien müssen sich wenigstens bei den Stichwahlen einigen. (Beifall.) Die Konservativen sind trotz allem bereit dazu. Natürlich unter Gegenseitigkeit. Wenn wir bei den Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus Gewehr bei Fuß stehen, dann werden ja die Liberalen lehen, wohin sie kommen. Mit Ausnahmegelesen ist gegen die Sozialdemokratie nichts zu machen, aber es muß ein Kampf auf's äußerste werden. Da werden wir Nerven brauchen wie Nigmar und Koon in der Konfliktzeit. Wir dürfen nicht warten, bis die ländlichen Arbeiter verheert sind. Die Hoffnungen auf die Revisionisten scheitern auch, die sind gerade so revolutionär wie die anderen. Wir wollen ein starkes wirksames Gesetz für die Arbeitswilligen. Für meine Mahnworte an das Land gibt es keine geeignetere Stelle als dieses nach allen Seiten unabhängige Haus. Wäge sich die Fortschrittliche Volkspartei wieder auf die antiliberaldemokratische Politik Eugen Richters begeben und möchten wir aus dem Parteifreie herauskommen zum Heil unseres Vaterlandes. (Leb. Beifall.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Es muß eine der ernstesten Sorgen der Regierung sein, den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie keinen Spielraum zu lassen. Eine der unerfreulichsten Bealeitercheinungen der Sozialdemokratischen Propaganda ist das Ueberhandnehmen des Terrorismus. Ob es möglich sein wird durch Verschärfung der Strafvorschriften im Strafgesetzbuch und in der Gewerbeordnung des Uebels Herr zu werden oder wesentlich einzuschränken, steht dahin. Ich glaube, der Versuch wird nicht zu umgehen sein, die Materie bei der Revision des Strafgesetzbuches besser als bisher zu regeln.

Oberbürgermeister Körte-Königsberg: Wer behauptet, daß die Liberalen der sozialdemokratischen Anschauung nicht überall auf's schärfste entgegengetreten, befindet sich in einem überaus bedauerlichen Irrtum. Die Sozialdemokratie hat keinen rücksichtslosen grundsätzlichen Gegner als speziell den Liberalismus und sogar den linksliberalen Liberalismus. Gegenüber der Ansicht des Redners, daß die Konservativen unter Umständen im Stichwahlkampf Gewehr bei Fuß stehen wollen, meine ich, daß bei der Konkurrenz irgend einer bürgerlichen Partei mit der Sozialdemokratie die letztere das größere Uebel ist. Darau resultiert für die Konservativen die Verpflichtung, bei einer Stichwahl Mann für Mann für den Liberalen gegen einen Sozialdemokraten einzutreten.

Herr v. Swinner: Auch ich halte es für erstrebenswert, daß bei Stichwahlen alle bürgerlichen Parteien gegen den Sozialdemokraten gemeinschaftlich Sache machen. Ich bitte Herrn Körte, dafür zu sorgen, daß die Liberalen auch gegen die Sozialdemokraten Front machen.

Damit schließt die Aussprache.

Nach unwesentlicher Debatte werden die restlichen Etats erledigt und damit die Etatsberatung beendet.

Die nächste Sitzung findet frühestens Mitte Mai statt.

19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

k. r. Leipzig, 7. April.

(Fünfter Verhandlungstag.)

Die Beratung der zum Statut gestellten Anträge wird weiter geführt. Zur Aenderung des Fachorgans wird folgendes beschlossen:

„Da die „Geschäfte des „Zimmerer“ im Laufe der Jahre an Umfang bedeutend zugenommen haben, wird eine Trennung des Verlags und der Redaktion vorgenommen.“

Der Verlag geht an den Verband selbst über und werden die Geschäfte des Verlags durch den Zentralvorstand befohrt; die damit verbundenen Kassengeschäfte werden von der Hauptkassenern übernommen. Als Verleger fungiert der Verbandsvorsitzende.

Die Redaktion des „Zimmerer“ behält nach wie vor hinsichtlich der Heranziehung von Mitarbeitern, Festsetzung des Honorars derselben, Anschaffung von Literatur, Zeitungsabonnements usw. freie Hand.

Die bisherigen Funktionen der Preßkommission gehen auf den Zentralvorstand über. Der § 29 des Statuts in seiner jetzigen Fassung wird aufgehoben.

Beziehungsstellen wegen Differenzen zwischen Redaktion und Zentralvorstand ist, wie in allen übrigen Fällen, der Verbandsauschuß.

Auch sollen in Zukunft die tabellarischen Quartalsabrechnungen und die Geschäftsannoncen in Wegfall kommen. Eine technische Monatsbeilage wurde nach längerer Diskussion abgelehnt. Ferner kann den Mitgliedern, die aus anderen Zentralverbänden übertreten, ihre bisherige Beitragsleistung angerechnet werden, sofern ihre Mitgliedschaft vom Tage des Uebertritts an zurückgerechnet, eine ununterbrochene war. Die innerhalb 52 Wochen vor dem Tage des Uebertritts bezogene Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wird ebenfalls angerechnet.

Zur Beitragspflicht wurde beschlossen: Wird ein Mitglied von einer Firma nach dem Uebersiedeln geschickt, so sind die Beiträge weiter zu zahlen. In Zukunft sollen die Wahlabschlüsse zur Delegiertenwahl zur Generalversammlung möglichst nach Lohngebieten erfolgen. Mitglieder, die in einem anderen Orte als ihrer Zahlstelle in Arbeit stehen, haben den Beitrag und auch den Extrabeitrag zu zahlen, der für den Ort ihrer Arbeitsstelle maßgebend ist.

Die Kommission, die sich mit der zweckmäßigsten Art der Aufbringung und der Höhe des Extrabeitrags beschäftigt hat, macht nunmehr folgende Vorschläge:

Für das Jahr 1911 wird ein Extrabeitrag auf die Dauer von 30 Wochen erhoben, desgleichen ein solcher für das Jahr 1912 auf die Dauer von 40 Wochen.

Der Extrabeitrag regelt sich wie folgt:

Table with 2 columns: Klasse, Betrag. 1. Klasse . . . 15 Pf., 2. . . 20 „, 3. . . 25 „, 4. . . 30 „, 5. . . 35 „

Der Extrabeitrag ist mit den statutarischen Beiträgen zusammen zu leisten und wird unter Berücksichtigung der bisherigen Klasseneinteilung in Form einer Einheitsmarke eingezogen.

Die Erhebung der Extrabeiträge beginnt mit der Woche vom 7. bis 13. Mai 1911 (11. Beitragswoche).

Zunächst macht sich gegen die Vorschläge der Kommission eine lebhafte Opposition geltend, weil darin die höheren Lohnklassen verhältnismäßig geringer belastet sind als die unteren. Nachdem u. a. Rube-Berlin wirkungsvoll ausgeführt, daß die Vorlage ein Kompromiß bedeute, daß aber nach Lage der Verhältnisse nichts anderes geschaffen werden konnte, wird die Debatte durch Schlußantrag beendet. Durch namentliche Abstimmung wird die Vorlage mit 93 Stimmen gegen 31 bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Folgende Resolution findet hierauf gegen eine Stimme Annahme:

Die Generalversammlung nimmt mit Besorgnis die von Kenntnis, daß 95 Prozent der Mitglieder die ihnen durch die Ausfertigung im Jahre 1910 auferlegte Verpflichtung dem Verbands gegenüber voll erfüllt haben. Sie spricht jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß auch jene Kameraden, die mit ihren Extrabeiträgen noch im Rückstande sind, diese unbedingt und sobald als möglich begleichen.

So lange das nicht geschieht, steht einem solchen Mitgliede Unterstützung in keiner Weise zu. Den Zahlstellen und Mitgliedern wird zur Pflicht gemacht, mit allem Nachdruck dahin zu streben, daß auch der letzte Mann das Verkaunte nachholt.

Leipzig, 8. April 1911.

Sechster Verhandlungstag.

Die weitere Beratung der Anträge bringt eine keine Aenderung des Streitreglements, es wird beschlossen, daß Mitglieder, die noch kein Jahr dem Verbands angehören, in allen Klassen pro Tag 20 Pf. an Unterstützung weniger erhalten.

Zur Arbeitslosenunterstützung werden folgende Aenderungen beschlossen:

Arbeitslosenunterstützung erhalten nur Mitglieder, die wegen Mangels an Arbeit oder ungenügender Witterung arbeitslos wurden und solche, die das Arbeitsverhältnis wegen Krankheit lösen mußten, aber nach Beendigung der Krankheit aus genannten Gründen keine Arbeit finden. Mitglieder, die vom Ausland übergetreten, sind erst nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 40 Wochenbeiträgen zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Das Recht auf nicht erhobene Arbeitslosenunterstützung erlischt in 14 Tagen.

Eine Debatte fand über einen Antrag statt, der besagte, daß alljährlich Gauleiterkonferenzen stattfinden sollen, auf denen die Gauleiter Bericht über ihre Tätigkeit geben sollen. Auch soll die Wahl der Gauleiter auf den Gauleiterkonferenzen vorgenommen werden, um das Bestimmungsrecht der Mitglieder zu wahren. Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet und der Antrag abgelehnt. Gauleiterkonferenzen sollen stattfinden, wenn die Notwendigkeit der Abklärung vom Vorstande anerkannt wird und nach wie vor trägt der Zentralvorstand die Kosten dafür. Die Gauleiter werden auch in Zukunft vom Vorstand ange stellt.

Laue-Leipzig regt an, daß die auf Reise befindlichen Mitglieder mehr auf die Herbergen der freien Gewerkschaften aufmerksam gemacht werden. Ueber zwei Anträge, von denen der eine die Verschmelzung mit dem heutigen Bauarbeiterverband wollte, der andere die Abfassung einer Profilschule und die darnach erfolgende Umbenennung über eine Verschmelzung, wurde fast einstimmig zur Tagesordnung übergegangen.

Der Sitz des Verbandes bleibt Hamburg. Die Wahl des Vorstandes ging diesmal nicht so glatt von Hatten, da Schrader, der bisherige Vorsitzende, Rücktrittsgedanken äußerte. Die Generalversammlung war jedoch nicht geneigt, darauf einzugehen und so wurde der gesamte Vorstand, in verschiedenen Wahlgängen einstimmig wiedergewählt, ebenso Bringmann als Kassierer. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Der Sitz des Ausschusses in Berlin. Rube wird als Vorsitzender wiedergewählt.

Unter Berücksichtigung wurde, einem Vorschlage des 2. Vorsitzenden Ede gemäß, das Gehalt der Lokalbeamten dem der Gauleiter gleichgestellt. Der Beschluß erfolgte mit 56 gegen 34 Stimmen. Dem Vorstand zur Berücksichtigung überweisen wird ein Antrag der will, daß Mitglieder, die 20 Jahre und länger im Verbands ihre Pflicht erfüllt haben, im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine Altersunterstützung von 6 Mark pro Monat gewährt wird. Der Vorstand soll beraten und der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten, inwiefern der Antrag durchführbar ist.

Die Einführung einer Reiseunterstützung wird abgelehnt. Die Herausgabe einer Profilschule im Sinne der von Bringmann in Bremen gehaltenen Vorträge über den gewerblichen Tarifvertrag und der von der Generalversammlung zum Zweck der Verschmelzung ebenfalls dem Vorstande zur Berücksichtigung überweisen. Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt und Genosse Schrader schloß dieselbe mit einem warmen Appell, die ganze Kraft für die Durchführung der Beschlüsse, ganz besonders der Extrabeiträge, einzusetzen.

Parteiangelegenheiten.

Die Mailänder Parteisektion zum Falle Mussolini. Nach einer drei wöchentlichen Diskussion hat die Mailänder Parteisektion zum Falle Mussolini die folgende Tagesordnung angenommen: Die Mailänder Parteisektion betont von neuem, daß die wesentliche Aufgabe der sozialistischen Partei in der Umgestaltung der politischen Institutionen und der demokratisierung der Organe des Staates abhingt; sie hebt hervor, daß die Partei nur unter Umständen zustimmen kann, die nicht durch parlamentarische Kunststücke, sondern durch die Bedürfnisse und die politische Reife der großen Masse der Arbeiterschaft geschaffen werden können, ihre Vertreter zum Eintritt in eine bürgerliche Regierung ermächtigen können, oder dieser die Unterstützung der Partei sichern, und erachtet daher, daß jeder ipso facto aus der Partei ausscheiden würde, der, wenn auch nur als Individuum, einem Ministerium beitrete. Die Parteisektion fordert daher den Parteivorstand auf, die Frage dem bevorstehenden Parteitag von Modena zur Diskussion und Entscheidung zu überweisen.

Diese Tagesordnung zeigt, daß auch die reformistischen Sektionen den Eintritt Mussolinis in das Kabinett Golliti nicht gebilligt haben würden, wenn auch aus anderen Erwägungen heraus, als die Revolutionäre. Auch die Parteisektion von Livorno hat gegen Mussolinis Stellung genommen; die Diskussion der römischen Parteisektion dürfte vor Freitag nicht erledigt werden.

Briefkasten

Erscheinungen der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. P. P. Bei einem Rinde wird die Steuer nicht ermäßigt, auch ein Abzug von 50 Mk. ist nach dem neuen Einkommensteuergesetz nicht mehr zulässig. Die Kosten der Verurteilung können vom Neuzugewinnigen Einommen abgezogen werden.

S. Gildbrandstraße. Die Krankenkasse nach § 16 nach an Versicherte gezahlt, die ununterbrochen 26 Wochen erwerbsunfähig sind, ist die weitere Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Der Antrag ist in Breslau im Magistrats-Bureau XII, Perrenstraße 28, mündlich oder schriftlich zu stellen. S. Briantental. Die Marken, die freiwillig gestellt werden, haben dieselbe Gültigkeit, wie die Beiträge, die ein Versicherungsnehmer entrichtet. Voraussetzung dabei ist freiwillig, daß die freiwillige Versicherung im einzelnen Falle zulässig ist.

Table with 4 columns: Getreide, Mehl, Roggen, Weizen. Rows list various types of grain and flour with prices per 100 kg.

Preisliste für verschiedene Getreidearten und Mehl. Preise pro 100 kg. Roggenmehl 00 feiner 22.00-23.50, Weizenmehl 00 feiner 22.00 bis 23.00, Roggen-Hansbader feiner 21.00-22.00, Weizenmehl feiner 10.00-10.90.

Aus der Geschäftswelt.

Die bekannte Schuhwarenfabrik Conrab Lad u. Cie. Burg bei Magdeburg, versendet jetzt ihren Frühjahrs- und Sommerkatalog pro 1911, der eine große Anzahl von Illustrationen über Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Schuhindustrie enthält. Ein der Hand des Kataloges, dieses ebenso interessanten wie beim Einkauf notwendigen Führers, kann man sich über die reichhaltige Auswahl und über die außerordentliche Preiswürdigkeit der Schuhwaren aller Art, die von der Firma in ihren Geschäften vorrätig gehalten werden, sehr schnell orientieren. In Breslau besitzt die Schuhfabrik Conrab Lad u. Cie. nur

eine Filiale, Reufschtrabe 49, nahe am Königsplatz. Von dieser wird der Katalog an Interessenten auf Wunsch gratis und franko versandt.

Dr. Thompson's Seifenpulver. (Marke Schwan) Bist im Preis. Vorzüglich in Qualität. Unschädlich im Gebrauch. Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

Gottesberg! Gottesberg! Habe einen Kleiderstoffe sehr preiswert gekauft und offeriere: Serie I: 80 cm breit, Meter früher bis 1.80 Mk. 60. Serie II: 80 cm breit, Meter früher bis 1.20 Mk. 45. Serie III: 80 cm breit, Meter früher bis 0.80 Mk. 30. Auswahl gross. - Preise fest und ohne Marken. Um gütigen Zuspruch bittet 1860 Oskar Kolbass, Postenstraße 1.

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

Table of lottery results for the 221st Prussian Class Lottery. Lists winning numbers and prize amounts for various classes.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

Table of lottery results for the 224th Prussian Class Lottery. Lists winning numbers and prize amounts for various classes.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

Table of lottery results for the 224th Prussian Class Lottery. Lists winning numbers and prize amounts for various classes.

Streifen. Hier-Brüderlein, Jaeckel, Rob., Drogen und Farben, Herren- u. Knaben-Garderobe, Kolonialwaren, Photographische Ateliers, Schuhwaren u. Schuhmacher, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. S. A. Treibschiff-Ges., Herren-Garderobe, Silbermann, H. A. M., Lederhandlung, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Rolke, Kern., Verlehnhandlung, Wäsche-Anstalten, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Möbel-Magazin, Papier- und Schreibwaren, Photographische Ateliers, Polsterwaren, Foto- und Schreibwaren, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Hotel „Südland“, Drogen und Farben, Fahrrad- u. Zubehörtelle, Feinschneiderei, Haus- und Küchengeräte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.

Kolonial- u. Gemischtwaren, Bekleidung, Herren- u. Knaben-Garderobe, Kolonial- und Gemischtwaren, Foto- und Schreibwaren, Kfz.-Technisch, Waidenburger Industriewerke.